Dienstag, den 17. August 1926. Einzelnummer 10 Goldpfennige 37. Jahrgang. — Nr. 190

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Ausgabestellen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr 5 und Neue Taschenstraße 11, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.40 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 5142
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 8 Pf. das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Die ungelöste Ratssitzverteilung.

Neue Genfer Hindernisse?

Die zweite Tagung der Studienkommission, die Spanien gefordert hat, war ursprünglich inoffiziell auf den 24. August angesetzt worden, dürfte aber, wie am Montag in der englischen Presse zu lesen war, erst am 30. August möglich sein. Deutschland hat bis jetzt noch keine offizielle Einladung erhalten. Eine Wiederkehr des Bildes der Märztagung erscheint zwar so ziemlich ausgeschlossen, aber völlig geebnet ist die Genfer Straße noch nicht. Ein Beweis dafür war ein sehr scharfer Artikel des liberalen englischen Blattes „Daily News", unter dem Titel: „Eine neue Verschwörung". Damit wurde auf die Ansprüche Spaniens und Polens hingewiesen, die in ihren Einzelheiten freilich nicht endgültig bekannt sind. Seit man aber weiß, daß Italien den Spaniern in dem neuen Bündnisvertrag die Unterstützung der Forderung nach einem ständigen spanischen Sitz zugesagt hat, wird man wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß Spanien in aller Form den ständigen Sitz verlangt. Im Falle Polen weiß man nur, daß dieses Land eine längere Dauer seines nichtständigen Sitzes fordere, und daß damit Lord Robert Cecils Kompromiß wieder aktuell werde, mit seiner Schaffung „halbständiger" Sitze. Es würde sich dabei um Sitze handeln, die an sich ständig oder doch recht langfristig wären, die aber jeweils sich der Wiederwahl durch die Vollversammlung zu unterziehen hätten, was bei den eigentlich ständigen Sitzen entfällt. Die „Daily News" scheinen Anlaß zu haben, die von Spanien und Polen drohenden Schwierigkeiten sehr ernst zu nehmen. Sie verweisen auch auf gewisse Zweideutigkeiten Chamberlains, indem sie fragen, welche Rolle der Außenminister Englands bei den geheimen Vorberatungen spiele. Wenig höflich an die März-Tagung erinnernd fügt das Blatt hinzu, man müsse zum September Herrn Chamberlain Instruktionen von solcher Eindeutigkeit mitgeben, daß jeder Schulknabe sie zu erfüllen vermöchte.

Spanien will Tanger für sich.

Paris, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Nachricht, daß General Primo de Rivera in einem Interview einem Madrider Blatt gegenüber die Einverleibung Tangers in die spanische Marokkozone verlangt hat, hat hier besonders in den Linkskreisen peinliches Aufsehen hervorgerufen. Man bringt diese plötzliche Forderung Spaniens mit dem kürzlich zwischen Spanien und Italien abgeschlossenen Freundschaftsvertrag in Zusammenhang. Bereits jetzt aber macht die französische Presse diesen spanischen Forderungen gegenüber die stärksten Reserven geltend und betont, daß Frankreich nicht geneigt sei, irgendwelche Aenderungen an dem internationalen Staut von Tanger vorzunehmen.

* * *

Man wird annehmen dürfen, daß die Neuanmeldung dieses spanischen Anspruchs im wesentlichen ein Mittel ist, um in der Ratssitzfrage für Spanien etwas herauszuholen.

Der Quotenkampf im Eisenkartell verzögert den Abschluß.

Paris, 17. August. (Eigener Funkbericht.)

Die Pariser Blätter veröffentlichten am Dienstag früh ein anscheinend halbamtliches Communiqué, in dem sie zu den Meldungen Stellung nehmen, wonach die Verhandlungen zur Bildung eines Eisenkartells durchgebrochen seien. Es handelt sich, wie ausgeführt wird, nur um eine Suspendierung der Verhandlungen bis zum 17. September. Die Suspendierung sei auf verschiedene Gründe zurückzuführen. In erster Linie sei es angesichts der wenig starken Konzentration der französischen Eisenindustrie nicht möglich gewesen, rasch genug das Einvernehmen aller französischen Interessenten zu erreichen. Außerdem sei bereits darauf hingewiesen worden, daß das Abkommen nach dem Zustandekommen noch zur Billigung den Regierungen der interessierten Länder vorgelegt werden müsse.

Das Abkommen sei am 13. August im Prinzip abgeschlossen worden. Sein Entwurf wurde aber nur von Deutschland und Luxemburg ratifiziert. Die französische Ratifizierung sei aller Voraussicht nach in der nächsten Zeit zu erwarten. Es müsse immerhin zugegeben werden, daß tatsächlich zwischen den belgischen Industriellen und den anderen Delegierten Schwierigkeiten ausgebrochen seien. Jedenfalls hätten sich die Belgier geweigert, irgendwelche Verpflichtungen bezüglich der Ratifizierung zu übernehmen. Die Mehrzahl der belgischen Delegierten sei der Ansicht, daß die Luxemburg zugestandene Quote viel zu groß sei im Verhältnis zu derjenigen, die Belgien zugestanden worden sei. Zum 17. September würden die Verhandlungen wieder aufgenommen und wahrscheinlich zu einem befriedigenden Ergebnis führen.

* * *

Im Gegensatz zu optimistischen Meldungen, die schon einen endgültigen Ausgleich der Gegensätze zwischen den europäischen Schwerindustrien gekommen sahen, haben wir bereits seit längerer Zeit auf die jetzt offen aufgetretenen Schwierigkeiten hingewiesen. Ihre Bedeutung scheint uns darin zu liegen, daß sie nach den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft automatisch wiederkehren müssen. Wenigstens gilt das von dem Kampf um die Kartell-Quoten, der nach einer strafferen Organisierung aller beteiligten Industriegruppen noch schärfer werden muß.

Wie unsere Beamten „fortgebildet" werden

Ein einseitig aufgezogener Lehrgang.

Die „Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung" zu Berlin veranstaltet von Zeit zu Zeit umfangreiche Kurse, die im wesentlichen von jüngeren Beamten besucht werden, die nach dem Namen dieser Organisation hier Fortbildung suchen sollen. Die ganze Aufmachung dieses Kursuswesens zeigt, daß es auf großen amtlichen Unterstützungen beruht. Die Leitung liegt in den Händen hoher Bürokraten, deren Vorsitz der frühere parteilose Finanzminister und jetzige Rechnungshof-Präsident Saemisch führt. Als zweiter Vorsitzender fungiert der bekannte altkonservative Nationalökonom Sering, ein Mann, der im Kampf um die Zollfrage Charakter bewiesen hat, politisch aber immer als ausgesprochener Vertreter rechtsparteilicher Grundsätze aufgetreten ist.

Wir müssen uns heut mit dieser Vereinigung beschäftigen, da ihr nächster Lehrgang diesmal in Schlesien (Bad Salzbrunn) stattfindet. Zweifellos wird in unserer Provinz also auch die Werbung von Zuhörern erfolgen. Da müssen wir angesichts des uns vorgelegten Lehrplans nicht nur vor der Teilnahme warnen, sondern die Staatsbehörden auffordern, hier doch einmal ihre bisherige Unterstützung solcher Unternehmungen nachzuprüfen. Unter 29 Vortragenden finden wir nämlich nur je einen Konzessionsschulzen, der den bürgerlichen Demokraten bzw. dem Zentrum zuzurechnen ist (Professor Ziekursch mit einem historischen Kurs, der nicht bis zur Gegenwart führt und den katholisierenden Regierungsrat Picht mit einem Vortrag über Volkshochschulwesen). Von den 27 anderen Rednern ist kein einziger einer positiven Stellung zur Republik überführt, geschweige denn etwa gar ein einziger Sozialist, obwohl sicherlich gerade die von Sozialdemokraten geleiteten beiden preußischen Ministerien um Unterstützung für diese Veranstaltung angegangen wurden.

Einie müssen sich, durch hohe Aemter gezwungen, Zurückhaltung auferlegen — das ist aber auch alles. Dagegen sind ausgesprochen staatsfeindliche Redner und ferner Männer aufgefordert worden, die der amtlichen deutschen Außenpolitik die unangenehmsten Quertreibereien entgegensetzten, wie der berüchtigte Berliner Professor Roethe oder der ostpreußische Agrarierführer Freiherr von Gayl. Aus dem Wirtschaftsleben kommen nur Unternehmervertreter zu Wort: ein Vertreter der Industriellenverbände, ein Generaldirektor, ein Fabrikdirktor, einige Kammersyndizi. Daß man sich auch von Arbeitnehmerorganisationen belehren lassen kann, kommt offenbar für die Fortbildung unserer Beamten nicht in Frage. Ueber die eigentlichen Ostfragen läßt man sich von dem früheren Breslauer Geographen Volz belehren, der bekanntlich dem Deutschtum jenseits der Grenzen durch den ebenso unhistorischen wie politisch zu Gegenmaßnahmen herausfordernden Begriff „Groß-Schlesien" schadet, zu dem er u. a. die halbe Tschechoslowakei rechnet. Vom Auslandsdeutschtum hat man sich nur einen deutsch-böhmischen Großagrarier verschrieben, der gegen Bodenreform polemisieren soll — ja nicht etwa einen Vertreter der größten deutsch-böhmischen Partei. Von Breslauer Professoren kommen noch Kühnemann (bewährt durch seine Hindenburg-Feuilletons in der Stinnes-Presse), und Mitscherlich zu Wort, die ja sicherlich nicht so ernst genommen werden müssen, um als gefährlich gelten zu können, bei deren Auswahl man aber den bösen Willen zum pseudopatriotischen Stimmungsgerede sieht, das schon Sombart allein sicher in allen gewünschten Quantitäten liefern konnte.

Selbst die eigentlichen Professoren-Organisationen, wie „Verein für Sozialpolitik", Historikertag usw. haben solche Uebergehung so gut wie aller Qualitätskräfte auf der Linken zu Gunsten von einseitigen Interessentenvertretern und Kriegskonjunktur-Größen noch nie riskiert. Hier aber eröffnet der Breslauer Regierungspräsident die Tagung; die jungen Beamten werden dazu beurlaubt und der Staat gibt sein Geld dazu. Und dann wundert man sich über das schwindende Vertrauen zur Bürokratie in den breiten Volkskreisen!

In der bulgarischen Antwortnote auf die Kollektivschrift der Balkanstaaten wird die bulgarische Regierung zwar ihren Willen zur Vermeidung weiterer Zwischenfälle zum Ausdruck bringen, aber wegen ungenügender Truppenstärke jede Verantwortung für neue Konflikte ablehnen. Sie wird u. a. anführen, daß auf eine zwei Kilometer lange Strecke nur 3 bulgarische Soldaten kommen. Die Note wird voraussichtlich am Mittwoch in Athen, Belgrad und Bukarest überreicht werden.

Ruth Fischer belehrt die naiven Rußlandfahrer.

Die harmlose Begeisterung der auf russische Staatskosten zwischen Festlichkeiten und sorgfältig ausgesuchten Besichtigungen herumgeschleppten Rußlandfahrer wird allmählich selbst kritischen Kommunisten zu dumm. Während in Rußland selbst die Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen so weit geht, daß die alten Internationalisten aus dem engsten Kreise Lenins, wie Sinowjew, Kamenew und Lenins eigene Witwe, mundtot gemacht werden, finden wenige Tage nach ihrer Ankunft in dem fremden Riesenreich, dessen Sprache sie nicht beherrschen, und von dessen Bewohnern sie nur einen ausgewählten Teil der Hauptstadtbevölkerung kennen lernen, die deutschen Besucher alles herrlich! Ganz wie einst die ausländischen Gäste des Zaren, die nach denselben Methoden herumgeführt wurden, während ein paar Meilen weiter Hunger und Blutregiment wüteten! Dürfen die russischen Oppositionellen mit den deutschen Besuchern nicht sprechen, werden die alten Revolutionäre der russischen Sozialdemokratie bei ihnen verleumdet, so werden sie immerhin hören müssen, was ihnen die deutsche kommunistische Linke ins Stammbuch schreibt.

In der „Roten Fahne" lesen wir, daß Ruth Fischer am 11. August 1926 in der Parteiarbeiterkonferenz der KP. des 7. Berliner Bezirks eine Rede gehalten hat, in der es heißt:

„Wir sehen in der Praxis, daß die Rationalisierung in Rußland genau so durchgeführt wird, wie in Deutschland. Am 1. Mai, wo der Elan des Proletariats sehr stark ist, wurden folgende Maßnahmen durchgeführt: **Verlängerte Arbeitszeit bis zehn Stunden, Nachtarbeit der Frauen und schlechte Akkorde, Entlassungen ohne Zustimmung des Betriebsrates.**

Im Deutschen Klub in Rußland sowie in den Zellen werden alle Genossen aufgefordert, gegen Lohnerhöhungen der Belegschaft zu kämpfen. Wenn man in solcher Form versucht, das Vertrauen zur Sowjetmacht zu stärken, so wird das zur Diskreditierung des Kommunismus führen. **Ich weiß aus Erfahrung, daß die Arbeiter in Rußland schwer zu leiden haben. Der Lohn ist um 25 Prozent gesunken, die Arbeitslosenarmee ist genau so wie in den anderen Ländern."**

„Die Sowjetwahlen waren eine große Pleite und man muß Kleister im Gehirn haben, wenn man diese Stärke der Reaktion nicht sieht."

„Die Arbeiterdelegationen berichten nur von der Einheit, aber sonst weiter nichts."

Ruth Fischer hat sich immerhin häufiger und länger in Rußland aufgehalten als die nach drei Tagen bereits begeisterten jetzigen Besucher. Ihr Urteil, das auf wirklicher Kenntnis der Dinge beruht und die Stimmung des kritischen Teils der russischen Kommunisten widerspiegelt, wird die deutschen Rußlandfahrer, die nichts von alledem gesehen haben, wahrscheinlich sehr wundern. Dabei ist die russische Gewerkschaftspresse und der Nachrichtenteil selbst der russischen Regierungspresse angefüllt mit ebenso ernsten Informationen. Das offene Aussprechen dieser Dinge dürfte an der früheren Parteivorsitzenden der deutschen Kommunisten jetzt aber schwer gerächt werden, da es den ganzen Eindruck der „Delegation" verderben muß.

Der neue Schlag gegen die kommunistische Opposition in Rußland.

Moskau, 15. August. (Drahtbericht.) Mit der Absetzung Kamenews vom Posten des Handelskommissars des Sowjetbundes, den nunmehr Mikojan übernimmt, hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei eine neue Maßregelung der interparteilichen Opposition vollzogen. Die außergewöhnlich heftigen Angriffe, die Dserzhinski noch wenige Stunden vor seinem Tode in seiner letzten Rede gegen Kamenew gerichtet hatte, konnten schon als Ankündigung der Maßregelung gedeutet werden, die nun auch offiziell erfolgt ist. Damit hat die Parteileitung jetzt die beiden schon seit dem Dezember 1925 mit schärfstem Mißtrauen beobachteten bedeutendsten Oppositionspolitiker kaltgestellt. Welche Rückwirkung diese Maßnahmen auf das weitere Verhalten der Opposition haben werden, muß zunächst dahingestellt bleiben.

Der an Kamenews Stelle zum Leiter des Volks-Kommissariats für Außen- und Binnenhandel ernannte Georgier Mikojan war bisher Sekretär der nordkaukasischen Organisation der Kommunistischen Partei und gehört dem Politischen Büro als „Kandidat" (stellvertretendes Mitglied) an.

Der deutsch-russische Amnestievertrag

über die Haftentlassung Stoblewskys und die Freilassung der vierzehn in Rußland verhafteten deutschen Staatsbürger wird Ende der Woche unterzeichnet. Der Unterzeichnung folgt die sofortige Haftentlassung.

Der Wirrwarr der Polizeiverordnungen.

Die Vereinheitlichung ohne große Verwaltungsreform.

Die Ueberzahl von Polizeiverordnungen, unter deren Existenz Behörden und Publikum gleichermaßen leiden, ist oft beklagt worden, auch in den Parlamenten, aber der Weg, der zur raschen und dauernden Beseitigung des Uebels führt, ist bisher noch nicht beschritten worden, weil er nicht leicht zu finden ist. In einem Gespräch mit einem Vertreter des „Demokratischen Zeitungsdienstes" hat sich der Leiter der Polizeiabteilung im Preußischen Ministerium des Innern, Ministerialdirektor Dr. Abegg, über die Möglichkeiten geäußert, auf dem Gebiete des preußischen Staates wenigstens eine Besserung anzustreben.

Dr. Abegg bemerkte, es handele sich darum, auf dem Gebiete der Polizeiverordnungen eine Radikalkur vorzunehmen und zwar so, daß rund eine Million Polizeiverordnungen dem großen Schnitt zum Opfer fielen. Eine ganze Reihe von Polizeiverordnungen mit an sich unanfechtbarem Inhalt sei heute entbehrlich, weil die Kreise, an die sie sich wendeten, inzwischen durch die Notwendigkeiten ihres Berufes und das Publikum erzogen worden seien. Es komme hinzu, daß sich gelegentlich Verordnungen der gleichen Polizeibehörde aus verschiedenen Jahren widersprächen, weil die Behörde beim Erlaß der späteren Verordnungen ihre frühere Anordnung nicht mehr gekannt haben. In einem bedenklichen Ausmaß sei die Rechtsgültigkeit von Verordnungen von den Gerichten verneint worden. So habe allein in den Jahren 1910 bis 1924 das Kammergericht über 320 Polizeiverordnungen für rechtsungültig erklärt. Manche von diesen seien über 100 Jahre alt gewesen und haben in der Zwischenzeit zu zahlreichen Bestrafungen geführt. Es zeige sich also, daß zunächst einmal ein energisches und durchgreifendes Ausräumen, dann aber eine Vereinheitlichung dringend nötig sei. Am besten geschehe dies in der Weise, daß auf Grund eines Gesetzes nach einer bestimmten Uebergangszeit, die zwischen der Verabschiedung und dem Inkrafttreten des Gesetzes liegen müsse, alle überhaupt bestehenden Polizeiverordnungen außer Kraft träten. In dieser Uebergangszeit müßten die Behörden die Verordnungen ermitteln, die wirklich unerläßlich seien. Diese dürften dann auf Grund gesetzlicher Ermächtigung für eine bestimmte Zeit nochmals erlassen werden, vorbehaltlich der späteren endgültigen und einheitlichen Neuregelung. Auch der Präsident des Oberverwaltungsgerichtes, Staatsminister a. D. Dr. Drews, empfehle diesen Weg. Es gelte aber nicht allein, das Alte und Ueberlebte abzuschneiden, sondern es müsse auch vorgesorgt werden, daß sich in der Zukunft nicht in wenigen Jahren wiederum die gleichen unerträglichen Verhältnisse entwickelten. Deshalb müsse das Polizeiverordnungswesen grundsätzlich umgestaltet werden. Im Vordergrund stehe hier die Frage, wer zum Erlaß von Polizeiverordnungen befugt sein solle. Gegenwärtig gebe es allein in Preußen 15 000 Stellen, die diese Zuständigkeit besäßen. Die Befugnis der Amtsvorsteher zum Erlaß von Polizeiverordnungen müsse in Zukunft, wenn nicht beseitigt, so doch mindestens stark beschränkt werden. Uebrigens sei zweifelhaft, ob die in Aussicht genommene Verwaltungsreform das Institut des Amtsvorstehers als Polizeibehörde überhaupt beibehalten könne. Werde der Amtsvorsteher ausgeschaltet, dann würden in sämtlichen östlichen Provinzen Preußens wie heute schon in Hannover die Landräte die örtliche Polizeiinstanz darstellen. Weiterhin müsse dafür gesorgt werden, daß bei der etwaigen Neuverkündung von Polizeiverordnungen diese auch in Zukunft von einer zweiten Instanz überprüft würden. Die notwendige Vereinheitlichung könne dadurch erreicht werden, daß die Minister auf allen wichtigen Gebieten Musterverordnungen erließen, von denen die anordnende Polizeibehörde nur mit Zustimmung der höheren Instanz abweichen dürfe. Dabei könnten die Verschiedenheiten der einzelnen Landesteile durchaus berücksichtigt werden. Wenn eine Regelung nicht für das ganze Staatsgebiet möglich sei, so könne der Oberpräsident eine Regelung für die Provinz anordnen und erst, wenn sich auch dieses Gebiet angesichts der Verhältnisse als zu groß erweise, sollte der Regierungspräsident und schließlich als unterste Instanz der Landrat Verordnungen erlassen können. Nach der Neuordnung des Polizeiverordnungswesens werde an die Vorlegung eines allgemeinen Polizeigesetzes heranzugehen sein. Dabei werde einen besonderen Abschnitt das Polizeistrafrecht zu bilden haben. Die Polizei müsse sich dem Geist der Zeit anpassen, das Publikum müsse Vertrauen zu ihr und sie selbst Vertrauen zum Publikum haben.

* * *

Die Reformvorschläge Dr. Abeggs sind insofern noch unbefriedigend, als sie das Weiterbestehen des bisherigen viel zu komplizierten Aufbaus der preußischen Verwaltung in ihren Zwischeninstanzen als gegeben annehmen. Der Hinweis auf das Vorliegen eines schweren Mißstandes von seiten des Polizeichefs selbst ist aber wertvoll und sollte die öffentliche Meinung recht nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer gründlichen Aenderung des Polizeiverordnungswesens hinweisen.

Hindernisse des Zusammenschlusses der Rechtsparteien.

Am Sonntag hielt die Deutschnationale Volkspartei für den Wahlkreis Osthannover und Wesermünde einen Parteitag ab, der dem Aufruf der „Arbeitsgemeinschaft des preußischen Staatsrats" zur Bildung einer großen Rechten seine Zustimmung gab. Die volksparteiliche „Tägl. Rundschau" begrüßt diese Erklärung, macht aber gleichzeitig eine ganze Reihe von Vorbehalten und verweigert die Anerkennung der von den Deutschnationalen ausgesprochenen Hoffnung, daß die „tragenden Grundsätze deutschnationaler Politik nicht preisgegeben werden." Die „Nationalliberale Korrespondenz" geht noch weiter und erklärt: „Wenn die Deutschnationalen wirklich bereit sind, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzugehen, dürften sie sich auch darüber klar geworden sein, daß sie dann ihre bisherige Politik nicht fortsetzen können."

Auf diese Feststellungen antwortet heute wieder die „Deutsche Zeitung", und sie schreibt: „Es ist wirklich ein starkes Stück, heute noch nach dem vollendeten Mißerfolg der Stresemannschen Locarnopolitik zu behaupten, daß sich die Deutschnationale Volkspartei den Schicksalsfragen der Nation in fruchtloser Opposition erschöpft hat. Die außenpolitischen Ereignisse des letzten Jahres haben jedem, der sehen will, bewiesen, daß unsere Opposition gegen die Locarnopolitik genügend berechtigt war. Was sich an wirtschaftlichen Beziehungen und Vereinbarungen in dieser Zeit angebahnt hat und weiterhin anbahnen muß, ist keine Folge der Locarno-Politik . . . . ."

Auchdemokrat Külz zu den Potemkin-Intriguen.

Der Reichsminister des Innern hat endlich auf die Anfrage der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wegen des Verbots des Films „Panzerkreuzer Potemkin" geantwortet. Die Antwort vermeidet eine klare Stellungnahme zu den einzelnen Punkten der sozialdemokratischen Anfrage und ist auch, soweit sie bestrebt ist, den geforderten Auskünften Rechnung zu tragen, keineswegs zufriedenstellend.

Aus der Antwort erfährt man, daß der Vertreter des Reichskommissariats bei den Beratungen der Filmprüfstelle nicht etwa die Auffassung seiner Behörde, sondern seine eigene Meinung vertreten hat. Der Reichsminister des Innern spricht ausdrücklich von „seinem Gutachten" und das kann sich in dem gewählten Zusammenhang nur auf den von uns kürzlich charakterisierten Oberregierungsrat Mühleisen beziehen. Es entsteht deshalb die Frage: Seit wann ist das Gutachten einer Reichsbehörde nichts anderes als eine private Leistung eines Beamten dieser Instanz? Politisch ist der Reichsminister des Innern für das Gutachten verantwortlich.

Auch die Erklärung, daß der Beamte des Reichskommissariats, Oberregierungsrat Mühleisen, in keiner Weise auf die Entschließungen der Landesregierungen wegen Stellung eines Antrages auf Widerruf der Zulassung des Bildstreifens Einfluß genommen hat, erscheint sehr unwahrscheinlich. Mühleisen selbst hat in einer Sitzung der Oberfilmprüfstelle zugegeben, daß er die Landesregierungen informiert hat, und es wäre mindestens die Pflicht des Reichsinnenministers gewesen, bevor er seine Antwort erteilte, sich über die Art dieser Informationen zu erkundigen. Er hätte dann sicherlich feststellen müssen, daß z. B. Württemberg nicht aus eigener Initiative zu seinem Antrag gekommen ist, und daß Mühleisen hier seine Finger sehr ernsthaft im Spiele gehabt hat. Als Beweis dafür sind die Vorgänge zwischen der ersten Prüfung des Films durch die Oberfilmprüfstelle und der in der zweiten Sitzung erfolgten Begründung des Verbots durch den württembergischen Regierungsvertreter zu betrachten.

Statt Aufklärung gibt Herr Külz Phrasen, in denen er davon spricht, daß die Reichsregierung es als selbstverständlich betrachtet, mit der Filmprüfung nur Persönlichkeiten zu betrauen, die Gewähr für eine unparteiische und dem Geist der demokratischen Republik entsprechende Tätigkeit bieten. Und dann betraute er den nachweislich nach der Gunst der württembergischen Bazille-Regierung und sogar faschistischen Stellen strebenden Herrn Mühleisen damit!

* * *

Die Antwort des Reichsinnenministers auf die Anfrage der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wegen des Potemkinfilms hat selbst in der ihm nahestehenden demokratischen Presse Entsetzen hervorgerufen. Das „Berliner Tageblatt" schreibt heute: „Es entsteht die Frage, ob er (der Reichsinnenminister D. Red.) ein ihm unterstelltes Ressort auch in Zukunft bei einer so hervorragend politischen Angelegenheit durch die gleiche Persönlichkeit vertreten läßt. Denn unzweifelhaft entsprach der Standpunkt Mühleisens keineswegs dem Geist der demokratischen Republik, den zu wahren das Reichsministerium des Innern seine selbstverständliche Pflicht nennt."

Disziplinarverfahren auch gegen Landgerichtsdirektor Hoffmann.

Amtlich wird mitgeteilt, daß jetzt auch das Disziplinarverfahren gegen den Landgerichtsdirektor Hoffmann, Magdeburg eingeleitet wird. Wie wir erfahren, wird die Untersuchung unabhängig von dem Verfahren gegen den Landgerichtsrat Külling geführt.

Gewohnheitsmäßige Gesetzesverletzung.

Die „Freundschaftsmensur" als Todesursache.

Im „Berliner Tageblatt" lesen wir:

Am Sonnabend verstarb im Urbankrankenhaus an den Folgen der bei einer Schlägermensur erhaltenen Verletzungen der Student der Rechte Erwin Behr aus Bernburg in Anhalt. Dazu wird offiziell mitgeteilt: „Die Angelegenheit wurde der Staatsanwaltschaft übergeben." Wozu wir zu bemerken haben: Es ist keineswegs eine irgendwie befriedigende Lösung, daß nunmehr der Gegner des toten Studenten, die Sekundanten oder der Unparteiische zu Festungshaft von längerer oder kürzerer Zeit verurteilt werden, während im übrigen seelenruhig weiter „gepaukt" wird, bis das nächste blühende Menschenleben „durch einen unglücklichen Zufall" erlischt. Bestimmungsmensuren, Freundschaftsmensuren und andere Mensuren sind gesetzlich verboten. Das Reichsgericht hat erst kürzlich in einer Plenarentscheidung seiner Strafsenate mit Entschiedenheit den Standpunkt eingenommen, daß eine Mensur Zweikampf mit tödlichen Waffen ist, und der Tod des Studenten Behr ist eine prompte Bestätigung der Richtigkeit dieses Standpunktes. Es genügt also nicht, daß die Behörde eingreift, wenn ein Toter am Platz bleibt, sondern sie hat zu verhindern, daß Mensuren geschlagen werden, was ihr keineswegs schwer fallen wird, wenn sie den guten Willen hat. Die Mensuren dulden, wie es bis jetzt überall in Deutschland geschieht, heißt nichts anderes, als die jungen Leute im unklaren über das Ungesetzliche ihres Tuns zu lassen, sie zur Gesetzesverletzung verlocken. Welche Bedingungen, Korps, Burschenschaften, Turnerschaften, Landsmannschaften es sind, die dasselbe Vergehen gewohnheitsmäßig begehen, darüber möge sich die Polizei informieren, indem sie einen Beamten in die Halle der Universität schickt, wo die Selbstanzeigen dieser Vereine öffentlich aushängen. Die Schläger- und Säbelmensuren, wie sie bei uns üblich sind, haben weder sportlichen Wert, noch sind sie ein taugliches Erziehungsmittel. Sie sind nichts als ein durch die Tradition geheiligter Unfug, der stets schwere Körperverletzungen und nicht selten Todesfälle zur Folge hat. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß eine geordnete Verwaltung beide Augen zudrückt, während diese Gesetzwidrigkeiten offen und in regelmäßiger Folge begangen werden. Sie hat die Möglichkeit und damit die Pflicht, der Unsitte ein radikales Ende zu bereiten.

Aus dem Reiche.

Der Entwurf für das neue Beamtengesetz — genauer für das allgemeine Beamtengesetz — denn Disziplinarfrage, Beamtenräte und Besoldung werden in besonderen Gesetzen behandelt — ist, wie der „Soz. Pressedienst" erfährt, so weit fertiggestellt, daß er als Grundlage für demnächst stattfindende Verhandlungen mit den Ländern dienen kann. Der Gesetzentwurf behandelt die allgemeinen Rechte und Pflichten der Beamten, die Fragen der Anstellung, Entlassung, Pensionen usw. Reichsinnenministerium und Reichsfinanzministerium die beide an dem Gesetzentwurf beteiligt sind, haben es bis jetzt noch nicht für nötig befunden, auch einmal mit den Beamten, um deren Lage es doch bei dem neuen Entwurf geht, zu verhandeln.

Der skandalpatriotische Mißbrauch der landsmannschaftlichen Verbände. Das preußische Ministerium des Innern hat eine Untersuchung über die Vorgänge bei der Kundgebung des Bundes der Rheinländer- und Saarvereine in Köln eingeleitet. Die Untersuchung hat in erster Linie den Zweck, dem Ministerium Gewißheit darüber zu verschaffen, ob es eine Organisation unterstützt, die es nicht verdient, und es infolgedessen nicht angebracht erscheint, das bisherige Verhältnis zu lösen.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände haben dem „Jungdeutschen Orden" für dessen Enthüllungen inzwischen eine Berichtigung auf Grund des § 11 des Preßgesetzes zugehen lassen. In der Berichtigung heißt es, daß die Vaterländischen Verbände „sich mit einem sehr kleinen Etat begnügen müssen, niedrige Gehälter zahlen und die Führer ehrenamtlich arbeiten". Unwahr sei ferner, daß die Reichsgeschäftsstelle der „Vereinigten Vaterländischen Verbände" von einer sehr geldkräftigen Quelle unterstützt und irgendeine großkapitalistische Interessengruppe die Reichsgeschäftsstelle zu politischen Zwecken erhält. Die Leitung sei finanziell unabhängig und daher politisch vollständig selbständig. Die Formulierung der ganzen Berichtigung läßt darauf schließen, daß die in ihr enthaltenen Angaben den Tatsachen nicht entsprechen. Warten wir ab, was der „Jungdeutsche Orden" jetzt zu den Dingen zu sagen hat!

Jimmie Higgins.

(Roman von Upton Sinclair.)

Autorisierte Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

22] (Nachdruck verboten.)

Er suchte nun in seiner Stadt nach Arbeit, doch vergeblich; er schien allgemein bekannt zu sein. In der Brauerei nahmen sie ihn für zwei Stunden auf; dann erfuhren sie, wer er sei, und entließen ihn. Doch triumphierte Jimmie dennoch über den Aufseher und verkündete, sie kämen zu spät, er habe bereits jedem Brauarbeiter ein sozialistisches Flugblatt in die Hand gedrückt.

In der Jeffersonstraße, etwas außerhalb der Stadt, befand sich eine Fahrradhandlung, die einem alten Deutschen namens Kumme gehörte. Einer der Genossen teilte Jimmie mit, dort werde ein Gehilfe gesucht. Jimmie ging hin und wurde für zwei Dollars per Tag angestellt. Dies war ein kärglicher Lohn, doch gefiel Jimmie die Stelle, weil der alte Mann fast ein Sozialist, nämlich ein Pazifist war; das heißt, seine Ueberzeugung bezog sich auf alle Länder, mit Ausnahme Deutschlands. Er behauptete, jede Nation habe das Recht, sich zu verteidigen, und Deutschland sei in diesem Krieg angegriffen worden. Der alte Mann benützte den größten Teil seiner Kräfte, um seinen Kunden diese Ueberzeugung beizubringen. Gefiel seine Ansicht den Kunden nicht, so konnten sie sich anderswo bedienen lassen.

Die meisten der Kunden waren Deutsche, und Jimmie hatte reichlich Gelegenheit, Argumente gegen die Munitionsindustrie, die sie einen Mordhandel nannten, und für das Programm „füttert Amerika", zu hören. Auch Jerry Coleman fand sich täglich ein; er schien noch immer seiner Arbeit nachzugehen und hatte die Taschen voller Zehndollarscheine. Er gab sich jetzt als Organisator einer neuen Propagandagesellschaft aus, die den Namen Proletarischer Nationaler Friedensrat führte. Da Proletariat und Friede Jimmies Hauptgötter waren, sah er nicht ein, weshalb er die neue Organisation nicht unterstützen solle. Coleman schwor, er halte den Kaiser, doch müsse das deutsche „Volk" beschützt werden. So kam es, daß Jimmie völlig ahnungslos einer der Agenten wurde, vermittels derer der Kaiser in Amerika soziale Unzufriedenheit zu erregen versuchte.

Doch war Jimmie nun bereits vorsichtiger geworden. Seine Gefängnisstrafe hatte so viel Leid über sein Heim gebracht, daß er gezwungen worden war, Lizzie einiges zu versprechen. Sie vermochte ihre Sorgen um die Kinder nicht mehr zu verschweigen; dies führte zu kleinen Reibereien, und Jimmie verließ häufig über sein Los murrend das Haus. Was hat es für einen Sinn, eine Frau bilden zu wollen, deren Blick nicht weiter reicht als ihr Küchenherd? Wenn man sich in neblige Höhen des Heldenmuts erhob, ein Welterlöser werden wollte, zog sie einen hinunter, fesselte einen an den Alltag, riß einem Eifer und Begeisterung aus der Seele! Die Erinnerung an „Kittchen-Bienen" und die wässerige, übelriechende Suppe war irgendwie in den Hintergrund seines Geistes geglitten, er erlebte von neuem die erhabene Stunde, da er dem Gericht getrotzt und die Rechte des amerikanischen Bürgers gefordert hatte. Und es verlangte ihn, diese Tat äußerster Kühnheit richtig gewertet zu sehen. Die arme, blinde, häusliche Lizzie vermochte nicht mehr den innersten Seelenbedürfnissen ihres Mannes zu genügen.

Jimmie selbst war während der Zeit seiner Ehe so häuslich gewesen, wie dies ein Propagandist eben sein kann. Er sehnte sich nach einem eigenen Heim und mußte dieser Sehnsucht genügen, indem er im Hof aus einer Holzkiste ein Häuschen für Jimmie junior zimmerte. Er hatte sogar im Sommer, wenn die Tätigkeit der Ortsgruppe abflaute, an seinen müden, ruhebedürftigen Sonntagen ein Gärtchen angelegt. Jetzt aber erfüllte der Gedanke an den Krieg sein ganzes Sinnen und Trachten; er empfand tödliche Angst um die Zukunft der Menschheit, wurde von unsichtbaren Gewalten dem Martyrium und häuslichen Zwisten zugetrieben.

In dieser für Jimmies Leben kritischen Periode erschien in Leesville ein lebhaftes, junges Geschöpf namens Evelyn Baskerville. Evelyn war keine überreifte Küchenfloriin, sie hatte welliges, braunes Haar, reizende Grübchen, eine hübsche Gestalt und trug den kleidsamen Hut mit der Hahnenfeder kühn und verwegen seitlings auf dem Kopf. Sie war eine Stenographistin, ihren Ansichten nach eine äußerst radikale Frauenrechtlerin; bereits in der ersten „geselligen Vereinigung" der Ortsgruppe, der sie beiwohnte, stellte sie alles auf den Kopf. Die Männer saßen rauchend umher, und das dreiste junge Ding ließ sich von seinem Begleiter eine Zigarette geben und paffte drauflos. In großen Kulturstädten wäre dies freilich nicht aufgefallen, Leesville jedoch sah zum erstenmal, daß die Gleichberechtigung der Frau auch die Annahme männlicher Laster bedeuten könne.

Dann zog Evelyn aus ihrem kleinen Sack etliche Flugblätter über die Geburtenkontrolle und verlangte, sie sollten in der Ortsgruppe verteilt werden. Dies war ein neues Thema für Leesville, theoretisch waren die Mitglieder ja einverstanden, doch berührte es sie peinlich, die Sache in der Oeffentlichkeit zu erörtern. Evelyn forderte einen „Geburtenstreik" als sicherstes Mittel, dem Kriege ein Ende zu machen; ihrer Ansicht nach mußte der „Arbeiter" diesen Punkt in sein Programm aufnehmen. Das junge Mädchen verbarg nicht seine Verachtung für die Reaktionäre der Bewegung, die noch immer vorgaben, daß der Storch die Kinder bringe. Das heikle Thema wurde schließlich geregelt, und als die Mitglieder von der Versammlung heimwärts strebten, sprachen alle über Fräulein Baskerville, die Männer untereinander, und die Frauen mit den Frauen.

Gar bald wurde offenkundig, daß die lebhafte, muntere, kleine Person es auf den Genossen Gerrity abgesehen habe; da dieser ein ehrbarer, nicht unbemittelter Junggeselle war konnte man ihr dies nicht weiter verargen, doch ward nach einer Weile ersichtlich, sie habe auch Absichten auf den Genossen Claudel, den belgischen Goldarbeiter. Sicherlich hatte sie das Recht, ihre Wahl zu treffen, doch meinten die Frauen, sie überlege sich die Sache gar zu lange, und schließlich behaupteten boshafte Zungen, das Mädchen denke gar nicht daran, eine Wahl zu treffen, es wolle alle beide.

Und dann zuckte ein verheerender Blitzstrahl in Jimmies Leben. Kurz nach seiner Entlassung — noch umgab ihn der Glorienschein des Gefängnisses — trat Genossin Baskerville nach einer Versammlung auf ihn zu und begann mit ihm zu plaudern. Sie wollte wissen, wie er sich als Galgenvogel fühle. Als er antwortete: „Leuterst wohl!" entgegnete sie, er möge nicht gar zu stolz sein, auch sie sei einen ganzen Monat gesessen, wegen Streikpostenstehens bei einem Näherinnenstreik. Ihre schönen braunen Augen lächelten ihn an. Die aufreizenden kleinen Grübchen verfehlten ihre Wirkung nicht. Der arme, bescheidene Jimmie erbebte bis zu den Zehen, noch nie hatte sich ein so entzückendes Geschöpf mit ihm abgegeben, es sei denn, er habe ihm eine Zeitung verkauft oder es in seinen Landstreichertagen angebettelt. Dies war eines der Wunder des Sozialismus: alle Klassenschranken brachen zusammen und ließen den Blick auf höhere Welten der Kultur und der Schönheit frei.

Genossin Baskerville fuhr fort, Jimmie mit ihrem Lächeln und ihrem Witz zu beglücken, obgleich die Genossen Gerrity und Claudel samt etlichen anderen Motten ihr helles Licht umschwirrten, und alle Frauen der Ortsgruppe sie mit scheelen Augen betrachteten. Schließlich, zu Jimmies ungeheurer Verwirrung, fragte die muntere junge Freiheitsgöttin: „Wollen Sie mich heimbegleiten, Genosse Higgins?" Er stammelte: „Ja" und sie strebten ihrer Wohnung zu. Die junge Freiheitsgöttin befragte ihn über das Gefängnis und bewies erstaunliche Kenntnisse auf dem Gebiet ökonomischer Kriminalogie. Sie schien weder der unruhig flatternden Motten noch der Empörung der unemanzipierten weiblichen Mitglieder zu achten. (Fortsetzung folgt.)

Einfuhrscheine und Brotverteuerung.

Ein deutschnationaler Antrag.

Im handelspolitischen Ausschuß des Reichstags stellte der deutschnationale Abgeordnete Stubbendorf am Sonnabend folgenden Antrag:

Der 21. Ausschuß wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, das Gesetz betreffend die Wertbestimmung der Einfuhrscheine für eine Uebergangszeit mit sofortiger Wirkung aufzuheben und der Wertbestimmung der Einfuhrscheine die jetzt geltenden Zollsätze zugrunde zu legen.

Die Beratung des Antrages wurde auf kommenden Freitag vertagt. Der Zweck ist, die erhöhten Zollsätze für die Preisbildung auf dem Inlandsmarkt voll wirksam werden zu lassen. Wir haben die brotverteuernde Wirkung der erhöhten Zollsätze in Nr. 380 bereits aufgezeigt. Die Wertbestimmung der Einfuhrscheine auf der Grundlage der erhöhten Zollsätze würde die Brotpreise noch weiter in die Höhe treiben.

Die Zunahme der internationalen Verträge

Die „Vossische Zeitung" meldet aus Genf: Aus dem Jahresbericht über die Arbeiten des Völkerbundsrates und des Sekretariats, der heute vom Völkerbundssekretariat veröffentlicht worden ist, geht hervor, daß die Zahl beim Völkerbund nach Artikel 18 des Völkerbundspaktes registrierten internationalen Verträge ständig zunimmt. Sie betrug im Laufe des letzten Jahres 305 und insgesamt seit Bestehen des Völkerbundes 1169. Im letzten Jahre, d. h. bis zum 19. Mai 1926, haben England mit 45 Verträgen, Ungarn mit 40, Deutschland mit 36 und Frankreich mit 32 die meisten internationalen Verträge registrieren lassen. Im übrigen sind beteiligt, Lettland mit 24, Schweden, Dänemark und Finnland mit je 20, Italien und Holland mit je 15, Polen mit 14, Norwegen und die Tschechoslowakei mit je 11 Verträgen. 25 Verträge des letzten Jahres betreffen politische Abmachungen, 8 sind Schiedsverträge, 36 betreffen Rechtshilfe- und Auslieferungsfragen und der größte Teil der Verträge sind naturgemäß Handels-, Wirtschafts- und sonstige Verkehrsabmachungen. Japan, China, Finnland, Lettland, Dänemark und Polen haben auch Verträge mit der sowjetrussischen Republik eintragen lassen.

Der amerikanische Schatzsekretär kommt nach Paris.

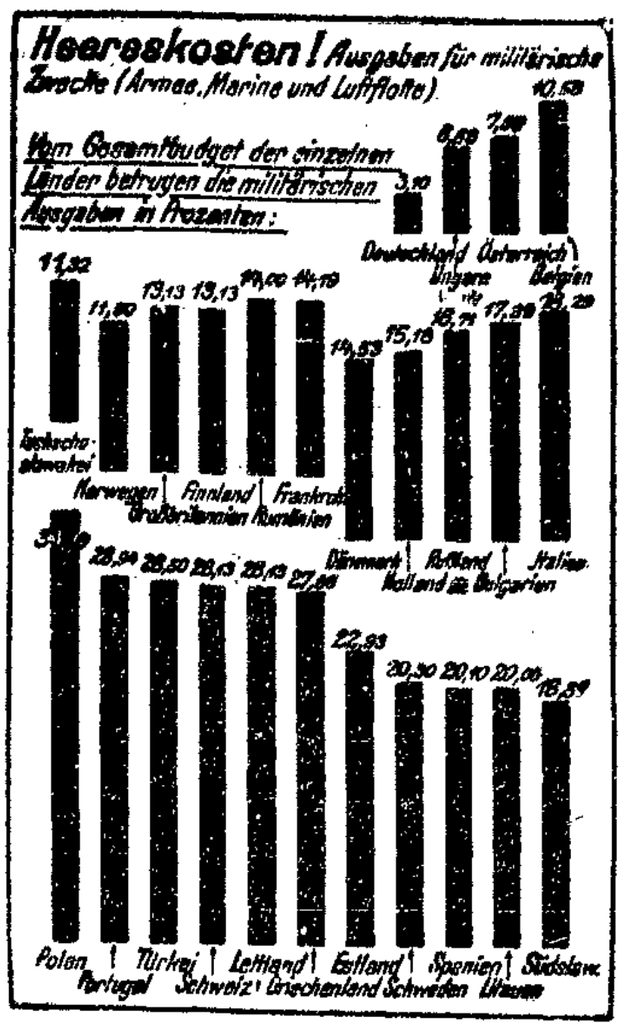
Paris, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Pariser Blätter bereiten die Oeffentlichkeit auf den bevorstehenden Besuch des amerikanischen Schatzsekretärs Mellon vor. Dieser ist nach den Besprechungen, die er in Rom mit Mussolini und dem Finanzminister Volpi hatte, am Sonntag in Evian am Genfer See eingetroffen und soll in den nächsten Tagen in Paris erwartet werden. Die Presse betont, daß diesem Besuch angesichts der gegenwärtigen Spannung zwischen Frankreich und Amerika über die Schuldenfrage eine außerordentliche Bedeutung beigemessen werden dürfte, da der Schatzsekretär mindestens offiziös beauftragt sei, in Rom, Paris und Brüssel über die Schuldenfrage mit den zuständigen Stellen zu verhandeln. Er soll in Paris eingehende Besprechungen mit Poincaré und dem Gouverneur der Bank von Frankreich haben.

* * *

Der amerikanische Besuch in Paris gibt bereits zu einer Reihe von unbestätigten Gerüchten über Vorschläge zur radikalen Neuordnung des Schuldenproblems Anlaß. Da die Instruktionen Mellons aber sehr konservativ sein dürften, können alle diese Vermutungen nur mit größtem Vorbehalt aufgenommen werden.

Abbruch der Verhandlungen zwischen Kowno und Memel.

Kowno, 15. August. (Drahtbericht.) Die Verhandlungen, welche die litauische Regierung über die gegenseitige finanzielle Abrechnung mit Vertretern des Memellandes vor einigen Tagen begonnen hatte, sind ergebnislos abgebrochen worden. Es handelte sich dabei vor allem um die Summen, die Memel von den Zoll- und Monopoleinnahmen des Staates zukommen sollen und andererseits um die Beteiligung Memels an den Ausgaben der litauischen Zentralregierung. Das „Memeler Dampfboot" weist mit besonderer Betonung darauf hin, daß die memelländischen Vertreter bei den Verhandlungen das weitestgehende Entgegenkommen gezeigt hätten und daß es zum Abbruch der Verhandlungen kam, weil die Regierungsvertreter den Bedürfnissen des Memelgebietes kein Verständnis entgegengebracht hätten.



Zur Abrüstungskonferenz in Genf

bringt unsere heutige Statistik eine zeitgemäße Zusammenstellung der Heereskosten der wichtigsten Staaten. In unserer graphischen Darstellung haben wir die Heeresausgaben von 26 Ländern, gemessen an ihrem Gesamtbudget, wiedergegeben. An der Spitze steht Polen, das etwas mehr als ein Drittel aller Staatsausgaben für Armee, Marine und Luftflotte aufwendet, an unterster Stelle stehen zwangsweise die im Weltkriege unterlegenen Mittelmächte Oesterreich, Ungarn, Deutschland.

Vor einem Finanzministerwechsel in Polen?

Warschau, 16. August. (Drahtbericht.) Es erweckt Befremden, daß das Organ der Pilsudski-Partei „Glos Prawdy", welches als vom Kriegsministerium materiell abhängig gilt, schon seit mehreren Tagen gegen den Finanzminister Klarner eine heftige Kampagne führt, so daß also gewissermaßen ein Ministerium das andere in der Presse angreift. Für die Kreise, die sich um den „Glos Prawdy" scharen, ist es ein besonderer Stein des Anstoßes, daß Minister Klarner den Entwurf des ehemaligen Finanzministers Zdziechowski verwirklicht und im Ministerrat einen Vorschlag annehmen ließ, wonach sämtlichen Ministerien Delegierte des Finanzministers beigegeben werden, welche die Ausgaben überwachen und mit den verfügbaren Barmitteln der Staatskasse in Einklang bringen sollen. Der „Glos Prawdy" bezeichnet das als eine „Diktatur Klarners", gegen die er heftig eifert. Auch behauptet das Blatt, daß der Finanzminister zu Werkzeugen dieser Ministerbeaufsichtigung Nationaldemokraten bestimmt habe. Infolge dieser Kampagne wird nun behauptet, daß Klarners Stellung erschüttert sei. Der gegenwärtige Aufenthalt des Ministerpräsidenten Bartel in Gdingen bezwecke Verhandlungen mit dem dort weilenden früheren Finanzminister Michalski, um ihn zum Nachfolger Klarners zu machen. Nach der Umschwenkung der Christlich-Nationalen zur Bartel-Regierung hält man dies immerhin für möglich, auch die zwischen Michalski und Pilsudski vorgefallenen Differenzen von 1922 sind heute vergessen.

Eine verhinderte Gegenrevolution in Mexiko.

Aus Newyork wird gemeldet, daß die amerikanischen Behörden in San Diego in Kalifornien zwei mexikanische Generäle festgenommen haben, als sie mit 150 bewaffneten Leuten, einem Panzerauto und mehreren Autos voll Waffen und Munition die mexikanische Grenze überschreiten wollten. Es handelt sich um zwei Generäle, von denen der eine ehemaliger Kriegsminister war und die beide als Hauptstütze Huertas gelten. Sie sollen geplant haben, die Grenzorte zu nehmen und eine Revolution gegen den jetzigen Präsidenten Calles zu entfesseln. Den Behörden der Vereinigten Staaten war diese Absicht schon längst bekannt. Sie griffen jetzt zu, weil die Ausführung der Umsturzabsichten unmittelbar bevorstand. Die Generäle werden sich wegen beabsichtigten Aufruhrs und Verletzung der amerikanischen Neutralitätsgesetze zu verantworten haben.

* * *

Aus Mexiko wird weiter gemeldet, daß der Justizminister 56 Bezirksanwälte ihrer Stellung enthoben hat, weil sie die Kirchengesetze nicht mit der genügenden Strenge durchgeführt haben. Außerdem verlautet, daß 14 Priester sich den Kirchengesetzen unterworfen haben und die Erlaubnis erhielten, den Gottesdienst wieder aufzunehmen. Sie wurden daraufhin angeblich von den Bischöfen exkommuniziert.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der neueste Diktaturkandidat der Tschechen. Am Donnerstag nachmittag wurde General Gajda in Prag der Kommission vorgestellt, die über seine Verwendbarkeit zum aktiven Dienst zu entscheiden hatte. Der General war dem Besuche des Arztes zweimal ausgewichen und mußte infolgedessen gesucht werden. Man fand ihn schließlich und führte ihn im Auto vor. Die Kommission erklärte Gajda wegen seines vollendeten körperlichen und geistigen Zusammenbruchs für ungeeignet zum aktiven Dienst. Trotzdem erschien Gajda am Freitag in einem Kaffeehaus des Zentrums in voller Uniform. Der Nachfolger Gajdas soll, wie das tschechische sozialdemokratische Zentralorgan erfährt, der General Vojtechovsky sein, der bisher eine Division kommandierte. Ueber seine politischen Ansichten ist nichts bekannt. Er dürfte im Gegensatz zu Gajda ein unpolitischer Offizier sein.

Massenübertritte polnischer Katholiken zur griechischen Kirche. In den kirchlichen Kreisen Polens herrscht starke Erregung über den Massenübertritt von vielen Tausend Personen vom Katholizismus zum griechisch-orthodoxen Bekenntnis. Es handelt sich dabei um die Sekte des Priesters Huszno, welche die sogenannte polnische katholische Nationalkirche gebildet hatte, ohne bisher formell aus der römischen Kirche auszuscheiden. Die Liturgie beim Gottesdienst dieser Nationalkirche wurde in polnischer Sprache abgehalten, auch gestattete sie ihren Priestern die Ehe. Die Nationalkirche besitzt eine große Anhängerschaft unter den polnischen Emigranten in Nordamerika, welche diese Bewegung in Polen durch Geldspenden unterstützt haben. In letzter Zeit hatte die Nationalkirche sich sehr aktiv gezeigt und zahlreiche neue Anhänger erworben, besonders in Westgalizien, im südlichen Kongreßpolen und in Pomerellen, wo der ehemalige Wojewode Bresski sie begünstigte. Die polnischen Staatsbehörden haben es jedoch abgelehnt, die Nationalkirche offiziell anzuerkennen und zu legalisieren. Um nun künftighin unbehindert nicht nur Gottesdienste und Versammlungen abhalten zu können, sondern auch die Organisierung von Gemeinden und den Erwerb von Gemeindeeigentum zu ermöglichen, sind die Anhänger der Nationalkirche mit ihrem Leiter jetzt zum griechisch-orthodoxen Bekenntnis übergegangen.

Breslauer Produktenbörse.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 16. August gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schlesischer Verladestation in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln, die sich Frachtparität Breslau verstehen). Tendenz: Getreide: Unregelmäßig. — Oelsaaten: Leim freundlicher, sonst abwartend. — Kartoffeln: Bei stärkerem Angebot sehr ruhig. — Mehl: Weiter fest.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):
mittlerer Art und Güte der letzten Ernte bei sofortiger Bezahlung.

Getreide:	16.	14.	Oelsaaten	16.	14.
Weizen 74 kg*	—.—	29,00	N. Winterraps	30,—**	—
Roggen neuer	19,20	18,70	Leinsamen . .	34,—	—
Hafer . neuer	16,20	16,20	Senfsamen neu	60,—†	—
dto. alter	18,50	18,50	Hanfsaat . .	—.—	—
Braugerste . .	19,20	18,00	Mohn, blau neu	90,—	—
W.-Gerste neu	16,00	16,00			

Weizen neuer 26,—.
* Hektoliter- bezw. Effektivgewicht.
** Gesunde, trockene, transportfähige Ware.
† neu, gesund, trocken.
Reine und feinste Qualität entsprechend höher.
Einheimische Frühkartoffeln rote und weiße 3.00 Mk.

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg):

	16.	14.		16.	14.
Weizenmehl 70 %*	44,50	44,50	Auszugmehl	50,00	50,00
Roggenmehl 70 %*	30,50	30,50			

*) Feinere Sorten werden höher bezahlt.

Wasserstand

17. August.

Ratibor	1,60	Ransern (Unter-Pegel) . . .	3,46
Neiße (Stadt) v. 16. 8. . .	—0,28	Dyhernfurth	2,93
Nossenmündung (Unter-Pegel) .	1,84	Abflußmenge sekundlich 187 cbm	
Brieg (Mastenkran) . . .	2,96	Fürstenberg v. 16. 8. . . .	2,20
Treschen	1,22	Wassertemp.: +17,8°.	

Aus aller Welt.

Zweitausend Künstler hungern in Berlin.

Die Arbeitslosigkeit unter der Berliner Künstlerschaft ist erschreckend groß. Von den Schauspielern sind 635, von den Kunstmalern 389, Opernsängern 233, Bildhauern 102, Schriftstellern 89, Tänzern 83, Chorsängern 70, Tonkünstlern 72, Konzertsängern 57, Filmschauspielern 54, Artisten 41, Kunstgewerblern 40, Vortragskünstlern 37, Kapellmeistern 31, Architekten 23, Graphikern 14, Gesangslehrern 10, Musikstudierenden 10, Komponisten 7 und Theaterdirektoren 7 arbeitslos.

Bergunfälle deutscher Touristen.

Gestern stürzte am Titlis bei Engelberg der 21jährige Student Willi Leitermann aus Lahr in Baden ab. Er hatte sich mit einem 16jährigen Kameraden von einer 15köpfigen Wandergesellschaft am Jochpaß getrennt, um den 3200 Meter hohen Titlis zu besteigen. Als sie in dem vereisten Schnee nicht mehr weiterkamen, beschlossen sie, abzufahren. Dabei stieß Leitermann gegen einen Fels und blieb mit zerschmettertem Schädel liegen. Sein Begleiter, der mit der Abfahrt gezögert hatte, konnte gerettet werden. — Der seit Mittwoch in Celerina vermißte 16jährige Gerhard Stein aus Kreuznach konnte bisher trotz aller eifrigen Nachforschungen nicht aufgefunden werden. — Am Brünnstein bei Ober-Audorf ist ein Ingenieur-Praktikant aus Rosenhain tödlich verunglückt.

Unfälle bei der Brückenweihe in Frankfurt a. M.

Der Andrang der Menschenmassen bei der Brückenweihe in Frankfurt a. M. war so groß, daß 460 kleinere Unfälle sich ereigneten. Im Menschengewühl erfolgten auch auf der neuen Brücke zwei Geburten.

Unter dem Verdacht der Brandstiftung

wurden die Fabrikbesitzer der Hessischen Aluminiumwerke in Gentra bei Eschwege verhaftet. Das Großfeuer äscherte die Werke vollständig ein.

Eine Brücke über einen Vulkan

soll von deutschen Ingenieuren in Nicaragua gebaut werden. Bauern in der Nähe des Mateya-Vulkans, die unter den aus dem Vulkan ausströmenden giftigen Gasen schwer zu leiden haben, haben deutsche Ingenieure beauftragt, eine Brücke über den Krater zu bauen. Mit Hilfe von Chemikalien will man die giftigen Gase neutralisieren.

Die Kinderlähmungsepidemie in der Grenzmark.

Die Lähmungsepidemie tritt hauptsächlich in einigen polnischen Grenzdörfern auf. In der Grenzmark selbst sind bisher zwei tödliche Fälle spinaler Kinderlähmung bekannt geworden. Größere Kinderlähmungsepidemien sind bisher nur in den Vereinigten Staaten aufgetreten. Als Bazillenträger sollen in erster Linie Stechmücken und Stechfliegen in Betracht kommen.

*

Ein gräßliches Eisenbahnunglück

ereignete sich in der Nacht zum Montag auf der Eisenbahnstrecke Döbeln-Riesa. Zwei junge Männer aus Riesa, ein Arbeiter und ein Handlungsgehilfe, stiegen während der Fahrt auf das Dach eines Wagens. Als der Zug etwa einen Kilometer vor der Station Stauchitz eine Brückenüberführung passierte, schlugen sie mit voller Wucht gegen die Mauer der Ueberführung. Sie wurden auf das Dach des drittnächsten Wagens zurückgeschleudert, wo sie in Riesa tot aufgefunden wurden.

Ein Landstreicher, der Mutter wird.

Aus Klagenfurt wird berichtet: In Wieperndorf im Lavanttal kam auf das Gut Perneggerhof ein etwa 20jähriger Landstreicher, der um Herberge bat, die ihm gewährt wurde. Tags darauf meldete der Landstreicher, er höre im Stall das Wimmern eines Kindes. Man hielt nun den Landstreicher, der weiterwandern wollte, zurück, verständigte einen Arzt und die Gendarmerie, welche ein neugeborenes Knäblein vorfanden. Der Landstreicher wurde nun vernommen und da stellte es sich heraus, daß er — die Mutter ist. Es handelt sich um eine Magd, die schon seit einem Jahre Männerkleider trägt. Die „männliche" Mutter fand auf dem Gute einen Dienstposten.

Tod eines Märtyrers der Wissenschaft.

Vergangene Nacht starb in London Dr. Hall Edwards, der auf dem Gebiet der Erforschung der X-Strahlen bahnbrechend tätig war und in Ausübung seiner wissenschaftlichen Wirksamkeit den linken Arm, später auch vier Finger der rechten Hand eingebüßt hatte.

Bei der Berührung einer Röntgenlampe vom Strom getötet.

Im Stephanie-Kinderspital in Budapest wurde eine Frau, während ihr Kind mit Röntgenstrahlen behandelt wurde, durch den elektrischen Strom getötet, als sie trotz ärztlicher Warnung die Röntgenlampe berührte.

Schädlicher Enthusiasmus.

„Daily Mail" zufolge wurde beim Empfang des englischen Fliegers Cobham in Melbourne nach seinem glücklich beendeten Flug über 18 000 Meilen von England nach Australien, von der Menge, die schätzungsweise 100 000 Personen stark war, in ihrer Begeisterung die Polizeikette durchbrochen. Hierbei wurden 40 Personen verletzt. Viele Frauen fielen in dem Gedränge in Ohnmacht.

Ausgrabungen in Südrußland.

Bei den Ausgrabungen bei der Stadt Cherson wurden verschiedene größere Gebäude und eine Basilika aus der byzantinischen Epoche freigelegt. Auch eine Menge Hausgerät und Bildhauerarbeiten aus jenem Zeitalter wurden gefunden.

Eine berufstätige Mutter von 11 Kindern.

Während die proletarische Frau in der Regel durch die Not des Daseins gezwungen ist, neben ihren Hausfrauen- und Mutterpflichten noch einer Erwerbsarbeit nachzugehen, dürfte das bei den Frauen der sogenannten „besseren Kreise" eine große Ausnahme sein. Auf der Internationalen Tagung studierender Frauen in Amsterdam trat jedoch kürzlich eine Amerikanerin, Frau Frank Galbraith, auf, die noch als Mutter von 11 Kindern die technische Leitung eines Industriebetriebes innehat.

Das größte Bombenflugzeug.

Eine neues Kampfflugzeug der Vereinigten Staaten, das soeben auf den Namen „Kyklop" getauft worden ist, soll das größte bisher vorhandene Bombenflugzeug sein und hat die größte Tragfähigkeit. Die Maschine wiegt über 7½ Tonnen und hat 825 PS. Das Flugzeug hat eine Geschwindigkeit von 185 englischen Meilen in der Stunde und kann mit einer Ladung von 4000 Pfund Bomben acht Stunden fliegen; es ist mit zwei Maschinengewehren bewaffnet. Der Erbauer Elliot Daland erklärte, daß der „Kyklop" nur der Vorläufer eines „Riesenbombenflugzeuges" mit einer Doppelmaschine von 2000 PS ist.

Familien-Anzeigen

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands.

Am 14. August verstarb unser Verbandskollege, der **Maschinenputzer**

Franz Feja

vom Bahnbetriebswerk Hauptbahnhof im Alter von 61 Jahren. 2751

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, 18. August, nachmittags 1½ Uhr, vom St. Bernhardin-Friedhof in Dürrgoy.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Am 6. August verstarb infolge Unglücksfall unser Freund und Verbandskollege, der Stellmacher

Herbert Hanke

im Alter von 20 Jahren. 2760

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Dienstag, 17. Aug., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Barbara-Friedhofes in Cosel.

Tierklinik und Pension „Turmhof" 4412

Neue Antonienstr. 6—14, Ecke Nikolai-Stadtgraben

Hunde-Bade- und Scher-Anstalt

Sprechstunden werktäglich von 11—12 Uhr. Privatwohnung Höfchenstraße 15, Fernspr. St. 32891, werktäglich von 2½—4 Uhr.

Dr. Loewenthal, Tierarzt.

Spannende Reise-Erzählungen

von **Olaf Eljens.**

1. **Der Kris des Radja**
Reise-Erzählung aus der Tropenwelt der ostindischen Inselflur, illustriert und schön gebunden, farbiges Titelbild
statt 2.00 **nur 1.00**

2. **Die berühmten Mauritius**
Reise-Erzählung aus der Maskareninsel Mauritius, illustriert und schön gebunden, farbiges Titelbild
statt 2.00 **nur 1.00**

3. **Die Propheten von Dyonisopolis**
Eine nicht unmögliche Geschichte aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, illustriert und schön gebunden, farbiges Titelbild (Halbleinen)
statt 2.50 **nur 1.50**

4. **Unter südlicher Sonne**
3 Reise-Erzählungen
a) Der Kuli, Erzählung aus New-Orleans
b) Das Haus Jeffrey, Erzählung aus Habana
c) Die feindlichen Brüder, Erzählung aus Kuba
illustriert und schön gebunden, farbiges Titelbild statt 2.50 **nur 1.50**

Volkswacht-Buchhandlung
mod. Antiquariat
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5.

Mußte es sein?

Ein Buch, das jeden interessiert!

100 Jahre Eisenbahnunfall

Billig im Preise, kartoniert 1.00 Mark. Packend in der bildereichen Ausstattung! Mitreißend in der instruktiven Schreibweise!

Zu beziehen durch die

Volkswacht-Buchhandlung
Breslau III, Neue Graupenstr. 5.

Auswärts gegen Voreinsendung von 1.10 Mk.

Gute und sehr billige

Romane und Erzählungen

finden Sie stets in der

Volkswacht-Buchhandlung Modernes Antiquariat
Breslau III, Neue Graupenstraße 5/7.

MESSOW & Co. G.m.b.H. Waldschmidt

Extra Verkauf!

Haushalt

Speiseteller	Steingut 20 cm m. kl. Fehl., 10 Stck.	75 Pf.
Salatsätze	Satz 6 Stück	85 Pf.
Milchtöpfe	1 Liter Zwischenmust.	58 Pf.
Jardinieren	20 cm schönes Muster	1.25
Käseglocken		75 Pf.
Fruchtschalen	auf Fuß	1.25
Weinrömer	auf hohem Fuß, 3 Stück	95 Pf.
Sturzkaraffen	mit Glas	75 Pf.
Teppichbürst.	gelb lack	50 Pf.
Rohrklopfer		68 Pf.
Waschbretter	extra stark Zinkeinlage, Stück	1.35
Roßhaarhandfeger		75 Pf.
Waschwannen	Ia verzinkt 70 cm, Stück	4.95
Wassereimer	verz. 26 cm	95 Pf.
Alpakka-Kaffeelöff.		28 Pf.
Alpakka-Eßlöffel		48 Pf.
Salatbestecke	Ausstich	75 Pf.
Isolierflaschen	½ Liter	1.10
Kopfbürsten	reine Borste	50 Pf.
Kleiderbürsten	reine Borste	50 Pf.
Roßhaarbesen	garantiert rein	1.95
Goldrandtassen	mit Untertassen	28 Pf.
Kaffeebecher	fein dekor., 4 Stück	95 Pf.
Salatschüsseln	Porzellan, 21 cm	25 Pf.
Obstsätze	7 teilig, ruchtdek.	1.95

Einkochgläser
in bekannt guter Qualität, mundgeblasen, massiver Rand, kompl. mit Gummiring

eng ½	¾	1	1½	2 Ltr.
35	38	42	45	50 Pf.
weit ½	**¾**	**1**	**1½**	**2 Ltr.**
38	42	46	50	55 Pf.

Kompotteller	Glas Stück	10 Pf.
Butterdosen	gepr. Stück	35 Pf.
Zuckerschalen	auf Fuß	28 Pf.
Wassergläser	groß	12 Pf.
Salzmesten	m. hoh. Rückw.	75 Pf.
Brotplatten	weiß	24 Pf.
Wäscheklammern	Hartholz, Schock	35 Pf.
Leinenwickler		65 Pf.
Putzkasten	Hartholz	95 Pf.
Kokosbesen		50 Pf.
Schmutzbürsten		15 Pf.
Gurkenhobel		15 Pf.
Blechkaffeemühlen		1.75
Reibemühle	grob u. feinmahl	1.95
Plättbretter	bezog.	3.95
Einkaufskörbe	bunt bem.	2.50
Armsplättbretter		95 Pf.
Zeitungshalter	für die Woche	1.75
Gardinenspannrahmen	mit 4 Haken	95 Pf.
Waschkörbe	oval	2.95
Kunstleitern	8 Stuf.	7.50
Volkbadewannen		12.50
Kinderbadewannen		1.50
Waschwannen	50 cm, Ia verz. m. Ablaufsch.	12.50
Porzellan-Speiseservice	Goldrand, für 6 Personen	11.50

MESSOW & Co. G.m.b.H. Waldschmidt

Lobetheater

Lessingstraße 8. Telefon Ring 6774, 6700.

Dienstag, Mittwoch, abends 8 Uhr:

Mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Berliner Ensemble-Gastspiel

„Olaf"

Tragödie eines Sportlers in 8 Bildern von Ernst Laskowski 13129

BUFRI

Filmtheater im Konzerthaus
Uraufführung

Die Launen einer schönen Frau

in Ninon, die Fürstin von Jazzmanien

Ferner:

Die Schlange von Paris

Wochentags 4½, 6½, 8½ Uhr; Sonntags ab 3½ Uhr
Letzte Vorstellung: 8½ Uhr 13144

Schauspielhaus.

Operettenbühne. 13120
Tel. Stephan 37 460.

Dienstag 8 Uhr:

Zum **25.** Male

„Donnerwetter — Ganz famos!"

Mittwoch und täglich 8 Uhr:
Der große Erfolg!

„Donnerwetter — Ganz famos!"

Zurückgekehrt
Sanitätsrat
Dr. Dienstfertig

Zurückgekehrt
Zahnarzt 4422
Dr. Beutler
Rosenthalerstr. 11/13.

Zurückgekehrt
Dr. Breitkopf
Hautarzt
Neue Taschenstraße 21
am Hauptbahnhof.

Zurückgekehrt
Curt Tietze
Dentist 334
Nikolaistadtgraben 26.

Reinigt das Blut!
Sorgt für Verdauung
durch **Hennigson's** mit **Kräutern** verstärkten
Birkenrinden-Tee.
Fördert am besten **den Stoffwechsel!**
Zu haben **in allen Apotheken.**
Stets erhältlich in der
Apotheke zur Hygiea Tauentzien-, Ecke Grünstr.
Goethe-Apotheke Matthiasstr. 125
Humboldt-Apotheke Höfchenstr. 74
Löwen-Apotheke am Sonnenplatz
Mohren-Apotheke am Blücherplatz
Naschmarkt-Apotheke am Ring 44.
13123

Leihweise elegante 13132
Frack- u. Smoking-Anzüge
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, I. Tel. N. 1301
früher Albrechtstraße.

Wohnungen

Biete zwei aufsteig. freundl. **Wohnungen,** Entree-Küche, 2fenstr. Zimm., Kabinett u. 2fenstr. Zimm., Kab. 61 qm.
Suche zwei Zimmer und Küche, gegen 50 qm. Besichtigung nachmittags. **Pinkus,** Paradiesstr. 32, pt.

Arbeitsmarkt

Pro Tag 20 Mk. und mehr durch leichte Heimarbeitigung. Näh. an F. W. Schlueter, Zeil (Westf.), Postfach 7.

Verkäufe

Gebrauchte 557
Personal-Kontrolluhr
mit Garantie für gute Funktion billig zu verkaufen.
Karl Speer, Lohestraße 48.

Wollserge
Meter 1.00 bis 3.00 Mark.
Zwischenfutter Meter 30 Pf.
Moko-Schnürriemen
100 Paar, 100 cm, 2.30, 3.30, 3.50, 4.00, 5.00 u. 8.00 Mk.
Wäschenöpfe, Dtzd. 3—12 Pf.
Schneider, Händler sucht
Lippert, Heinrichstr. 16.

---

5 Gabardine-Anzüge, die letzten von aufgelöst. Geschäft, **29 Mk., Breeches-hosen 4.50, Stoffhosen 3.50 Mk.** verkauft **Viktoriastraße 14,** 2. Etg.

Fahrräder

Gummi :: Zubehör verkauft billig
Geier
Freiburger Str. 16 4390

Pfänder-Auktion
23. August. 550
Schneider
Bärenstraße Nr. 12.

Kleine Anzeigen

sind kompreß gesetzte einsp. Anzeig. v. Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfg., fett 4 Pfennige.

Brennabor-Kinderwagen, fast neu, billig zu verkaufen. **Fritz Langfeld,** Rundschütz bei **Breslau.** 561

Radrennbahn Grünefeld
Verein für Radrennen Breslau (E.V.)

Mittwoch, den 18. August, abends 7½ Uhr
bei elektrischer Beleuchtung:

Grosses Abendrennen

25 und 75 km-Dauerrennen mit

Maronnier
Krupkat
Sawall
Wittig
Feja

Große Amateurrennen
Graue, Rausch, Engel, Oszmella u. a.
Dienstag, abends 6 Uhr: Training 4414

Breslauer Hallenschwimmbad
Schwimmunterricht
an Erwachsene und Kinder
das ganze Jahr hindurch, ohne Rücksicht auf Wind und Wetter
Außer Sonntags täglich von 7—8 Uhr 4419

Strumpf-Fuchs 10% Rabatt

13037
Schweidnitzer Straße 49.
Während der Bauarbeiten

Sie finden etwas

Passendes unter den vielen, teils besonders billigen, teils fehlerhaften Artikeln, die wir in unserem Geschäftslokal

auf der Oderstraße

in großen Mengen zum Verkauf stellen: 13131

2 Nagelbürsten	10 Pf.	1 Zahnbürste	20 Pf.	1 Fußmatte	35 Pf.
3 Schuhkrem	10 „	1 Schmutzbürste	20 „	1 Federwedel	35 „
3 Lederschwämme	10 „	1 Besenstiel	20 „	3 Wischtücher	40 „
3 Gummisauger	10 „	3 Toilette-Seifen	25 „	1 Topfbürste	40 „
3 Auftragbürsten	10 „	3 Scheuerbürsten	25 „	1 Möbelbürste	40 „
3 Staubkämme	10 „	1 Glanzbürste	25 „	1 Kehrbesen	50 „
3 Kleiderbügel	10 „	1 Kleiderbürste	30 „	1 Rohrklopfer	50 „
1 Zylinderputzer	10 „	1 Kopfbürste	30 „	3 Poliertücher	50 „
1 Flaschenwascher	10 „	1 Schrubber	30 „	3 Rollen Klo-Papier	50 „
1 Friseurkamm	10 „	1 Handfeger	30 „	20 Mtr. Waschleine	1.00

5 Scheuertücher zusammen 1 Mark
6teilige Spülgarnitur mit Wandbrett 3 Mark

London & Co., Oderstraße Nr. 5
G. m. b. H. 2tes Viertel vom Ring

Du

hast im Schützengraben gelegen, während diejenigen, denen Du heute noch Pension zahlen

mußt

bei vollen Tafeln, mit ihren Weibern weit vom Schuß, tadellos gewaschen und angezogen, in der

Etappe Gent

ein vergnügtes Leben geführt haben. Wer die tatsächlichen Vorgänge mit dem wahren Namen

lesen

will, kaufe sich in den **VOLKSWACHTBUCHHANDLUNGEN**
Neue Graupenstraße 5 und Neue Taschenstraße 11
das Buch von Heinrich Wendt, Etappe Gent. Preis 2.50 Mk.

Für die Redaktion verantwortlich: Reinhold Tack, für die Anzeigen: Max Tedas. — Redaktion: Friedrichplatz 5. — Hauptgeschäftsstelle: Flurstr. 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 17. August.

Die Heimgekehrten.

Man sieht sie wieder in den Salons, Dielen, Kinos und Bars unserer Stadt. Binz, Misdroy oder Nauheim haben sie uns wiedergeschenkt, jene ewigen Falter des Daseins und eleganten Nichtstuer beiderlei Geschlechts, die sozusagen zum Troß des Großbürgertums gehören. Sie sind nun wieder hier, sonnengebräunt, gestärkt an Nerven und erleichtert um einige Zuckerprozente, um mit der ihnen eigenen Rührigkeit den Kampf ums Dasein und mit der Langeweile, welch letzteren sie schon in der Sommerfrische so gut wie ergebnislos geführt hatten, erneut aufzunehmen.

Man glaube nicht, daß ihnen Sorgen und leibliche Not fremd seien. In ihren Boudoirs und Salons grübeln sie über schwere Zeitprobleme nach und sie gelangen dabei zu so vielen Lösungen, daß sie nicht wissen, welche eigentlich die richtige ist. Es ist auch wirklich schwer, noch zu der Mode der schlanken Linie Vertrauen zu haben, wenn man immer wieder munkeln hört, daß sie bald zugunsten einer leicht betonten Fülligkeit weichen wird und es ist dann wirklich von unübersehbarer Tragweite, wenn man sich einmal für eine Mastkur oder für eine weitere Entfettungskur entschieden hat.

Und nicht zu unterschätzen ist das ewige Ringen um die Geheimnisse der neuesten Mode. Ist es wirklich so belanglos, sich bei der neuen Abendrobe für oder wider das tiefe Dekolleté entscheiden zu müssen, oder Schuhe zu wählen, die bunt wie Schmetterlingsflügel sind, während — weiß man? — vielleicht einfache Lackschuhe wieder höchster Schick sind? Und nicht vergessen werden darf, daß auch die Frage der intimen Wäsche leicht wieder zu jener Neurasthenie verhelfen kann, die man sich in Binz oder Misdroy wegkuriert hat. Nur gänzlich kulturlose Kaffern werden sich leichthin für die Kombination entscheiden, indessen möglicherweise die wirklich feine Frau bei großen Anlässen weder Hemd noch Höschen trägt. — — —

So hat die ausgleichende Gerechtigkeit in der bürgerlichen Weltordnung dafür gesorgt, daß die ewig Ausgeruhten und Gelangweilten auch ihre Sorgen haben. Zwar führen diese Kümmernisse nie zu einem Selbstmord, aber meistens zu einer soliden Hysterie und zu einer Nachkur an der Riviera.

Und bei alledem darf nicht verkannt werden, wie der Großbürger schuften muß, um seine Angehörigen standesgemäß durchzubringen. Er hat sich so mit Preisen, Tarifen und manchmal mit dem Strafgesetzbuch herumzubalgen, daß er gar nicht merkt, ein wie stattliches Geweih alljährlich zur Sommerszeit — unsichtbar — seinem Haupte entsprießt. Abgesehen davon, daß er auch sein Möglichstes tut, um den anderen Standesgenossen zu der gleichen Zierde zu verhelfen. — —

Jeder parteigenössische Beamte

geht heute abend 8 Uhr zur Versammlung ins Gewerkschaftshaus. Zahlreiches Erscheinen ist Parteipflicht. — Bringt Gäste mit.

Achtung, Frauenleiterinnen, Stellvertreterinnen und sonstige weibliche Parteifunktionäre!

Morgen, Mittwoch, 6 Uhr nachmittags, Besichtigung des Kinderheims in Zimpel. Anschließend Sitzung aller Parteifunktionäre. Wichtige Tagesordnung. Gerade diese Besichtigung dürfte das Interesse aller Teilnehmerinnen erwecken. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Erneuerungsarbeiten im Domviertel.

Seit einigen Wochen sind um den Dom herum und neuerdings auch in der Domstraße zahlreiche Arbeiter mit Erneuerungsarbeiten beschäftigt, die wegen des bevorstehenden Katholikentages in Breslau spätestens bis zum 21. August fertig sein sollen. Zunächst wird links vom Hauptportal des Domes der Sandsteinsockel teilweise ergänzt, nachdem zuvor das alte Gestein, soweit es schon stark verwittert war, ausgespitzt wurde. Nach alten Jahreszahlen zu schließen, die in einen Pfeiler links vom Hauptportal eingemeißelt sind, haben Außenrnovationen des Domes in den Jahren 1419 und 1491 stattgefunden. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß das alte Sockelgestein von Feuchtigkeit und anderen Witterungseinflüssen schon stark mitgenommen war. Aber nicht nur der Sockel, auch zwei Strebepfeiler rechts vom Südturm mußten durch Einsetzen von neuen Quadern teilweise erneuert werden. Der hierbei zur Verwendung kommende Sandstein stammt von den Hockenauer Steinbrüchen. Durch sachverständige Steinkundige (Geologen) ist übrigens festgestellt worden, daß das alte Gestein auch von dorther stammt. Man benutzt jetzt Lehm zum Vergießen der einzelnen Quaderstücke und Fugen, im übrigen dient Graukalk als Bindemittel.

Vier Steinmetzen und drei Lehrlinge verrichten diese keineswegs leichte Arbeit, die nunmehr bald fertig ist. Der ergänzte Sockel, der sich zwar von dem alten Gemäuer stark abhebt, sonst aber dem Bau nach unten hin einen sauberen Abschluß verleiht, hat eine Länge von 35 bis 40 Metern.

Die rechte Seite, wo der alte Sockel auch schon stark zerfressen ist, wird vorläufig nicht erneuert; es besteht indes die Möglichkeit, daß die rechte Seite nach dem Katholikentag in Angriff genommen wird. Wie man hört, soll hierfür „nicht genügend Geld" da sein, da die Breslauer Diözese durch den Verlust von Waldungen in der Tschechoslowakei, die sie noch vor dem Kriege besaß, eine erhebliche geldliche Einbuße erlitten habe.

In der Domstraße werden einige von Geistlichen bewohnte Häuser ebenfalls von außen verputzt und renoviert. Im Dom selbst hat man schon vor Wochen ein großes Gerüst aufgeschlagen, um mit Hilfe von Staubsaugeapparaten den schon sehr dick liegenden Staub von den Gewölbedecken, Wänden und Fenstern zu entfernen. Nachher hat man sämtliche vom Staub befreiten Innenflächen mit einer besonderen Knetmasse bearbeitet, wodurch der alte, mit Malereien durchsetzte Anstrich wieder in seiner alten Schönheit hervortrat. Diese Arbeiten, die ein hiesiges Reinigungsinstitut ausführte, sind inzwischen fertig geworden.

Ein Kunstwerk für sich bildet die geschnitzte Tür des Hauptportals. Auch sie mußte von sachverständiger Hand teilweise erneuert werden, weil die Holzbildhauerei durch das Aufstoßen der Tür mit der Hand im Laufe einer langen Zeit eine starke Abnützung erfahren hatte.

Es war interessant, dem Mann, der diese Tür erneuerte, bei seiner Arbeit zuzuschauen. Jetzt ist nichts mehr davon zu merken, weil das Portal auch in seinem oberen, nicht minder kunstvoll gearbeiteten Teile, einen dunkelbraunen Lackanstrich erhalten hat.

Unbestreitbar stellt der Breslauer Dom ein großes Kunstwerk dar, an dem fortwährend etwas ausgebessert werden muß, damit es nicht dem Zahn der Zeit erliegt.

Die Erhöhung der Gepäckaufbewahrungssätze.

Die die Reichsbahn vor kurzer Zeit durchgeführt hat, gibt vielfach Anlaß zu Klagen von Arbeiterseite, da auch der Aufbewahrungssatz für Fahrräder auf das Doppelte, auf 40 Pf., erhöht worden ist. Der Satz ist für viele Arbeiter, die ihr Rad zur Fahrt vom Bahnhof zur Arbeitsstätte brauchen, zu hoch. Ließe sich nicht eine Ermäßigung für Besitzer von Arbeiterwochenfahrkarten durchführen?

Notstandsversammlung der Stadtverordneten.

Der sozialdemokratische Vorstoß zur Arbeitsbeschaffung in Breslau und Schlesien.

Durch einen sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag aus ihrer Ferienruhe aufgeschreckt, waren gestern die Stadtväter noch einmal im Landeshause versammelt, um gegen die Vernachlässigung Breslaus und Schlesiens im Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung Stellung zu nehmen. Und während die „Schlesische Zeitung" die Einberufung der Stadtverordneten als überflüssig bezeichnet und behauptet hatte, die roten Stadtväter wollten nur ihre Rührigkeit in hellster Beleuchtung zeigen, kamen gestern gerade von der rechten Seite des Hauses die eilfertigsten Versicherungen von der Notwendigkeit einer Stellungnahme gegen das Regierungsprogramm. Unsere Genossen drängten gestern zugleich auf vermehrte Arbeitsbeschaffung durch die Stadt Breslau. Sie hatten den Erfolg, daß nicht nur der Magistrat ihren Wünschen zusagte, sondern daß ihre Anträge einstimmig angenommen wurden und ebenso eine Entschließung, die sich an die Adresse der Reichsregierung richtet.

Auf der Tagesordnung stand außerdem nur noch eine Stellungnahme zu der angeblich unvorschriftsmäßig erfolgten Wahl des Genossen Dr. Thiede zum juristischen Stadtrat. Berichterstatter war der deutschnationale Stadtverordnete Dr. Bujakowski, der schon mit einiger Ironie darauf verwies, daß man im Magistrat doch wichtigeres zu tun habe, als solche Tüfteleien und Genosse Mache sagte, wenn es sich nicht zufällig um einen Sozialdemokraten gehandelt hätte, wäre es keinem der schwer arbeitenden Magistratsräte in den Sinn gekommen, stundenlange Untersuchungen anzustellen, ob die Wahl gültig sei. Ein Zwischenruf führte diesen Eifer auf Futterneid zurück. Nun soll die Geschäftsordnung, nach der die Wahl vorgenommen wurde, im Ausschuß einer Nachprüfung unterzogen werden. Genosse Mache beantragte zugleich, in der nächsten Versammlung die Wahl erneut vorzunehmen, da sonst unter Umständen viel Zeit verstreiche, ehe eine Klärung bezüglich der Gültigkeit erfolgt. Der Antrag wurde angenommen.

Vorsteher Dr. Friedrich eröffnete die Sitzung mit einem ehrenden Nachruf für den verstorbenen Stadtverordneten Dr. Hanke. An dessen Stelle wurde dann Herr Huppelsberg in die Versammlung eingeführt.

Zum Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung und der drohenden Schädigung Breslaus erhält dann das Wort

Stadtv. Mache (Soz.):

In den letzten zwei Jahren hat die fürchterliche Erwerbslosigkeit und Not immer wieder Debatten ausgelöst. Fortgesetzt haben wir Millionen bewilligen müssen und werden sie weiter bewilligen müssen, aber das Elend wird dadurch nicht aus der Welt geschafft, sondern nur etwas gemildert. Die letzten Monate brachten uns in Breslau eine weitere starke Steigerung der Arbeitslosigkeit. Breslau hat den zweifelhaften Ruf, bezüglich der Arbeitslosigkeit an der Spitze aller deutschen Großstädte zu stehen. Harte Anklagen mußten wir in diesem Jahre gegen die Reichsbahnverwaltung erheben, die ihre Werkstätten schloß. Wir haben den Oberbürgermeister gebeten und von ihm gefordert, nach Berlin zu gehen, um zu verhindern, daß hier an einem Tage tausend Arbeiter auf die Straße gesetzt werden, die Reichsbahnverwaltung aber blieb bei ihrem Plane. Die Breslauer Metallindustrie liegt danieder. Die Unterstützungsaktion für die Linke-Hofmann-Werke hat nicht verhindern können, daß weitere 400 Familienväter abgebaut wurden, womit allerdings im Voraus gerechnet wurde. Die Zahl der Erwerbslosen hat

die 45 000 überschritten.

Was das bedeutet, wird oft übersehen. Man spricht es aus, ohne zu erkennen, was das für Elend bedeutet. Von der Erwerbslosigkeit betroffen sind einschließlich der Familienangehörigen

130—140 000 Personen.

Mit Grauen sehen die Erwerbslosen dem Tage entgegen, wo die Unterstützung zu Ende geht. Das Wohlfahrtsamt tut, was es kann, aber von Männern, die zwanzig, dreißig Jahre gearbeitet haben, wird es besonders schmerzlich empfunden, wenn sie Wohlfahrtsempfänger werden. Zur Linderung der schlimmsten Not haben wir Riesensummen aufgebracht und doch sind wir nicht in der Lage, die Dinge zu meistern. Heut steht es so, daß wir überhaupt nicht mehr wissen, wie die Summen weiter aufzubringen sind.

Wir brauchen Arbeit!

99 Prozent der Erwerbslosen sehnen sich nach Arbeit, wenn selbst ein Prozent von ihnen durch die lange Arbeitslosigkeit physisch und moralisch so geschädigt sind, daß sie keine Sehnsucht nach Arbeit mehr empfinden. Wir müssen alles tun, um die Arbeitslust zu erhalten. Arbeit zu beschaffen ist

die wichtigste Aufgabe der öffentlichen Körperschaften,

des Reiches, sowohl wie des Staates und der Gemeinden. Die Privatwirtschaft hat versagt, Nun hat die Reichsregierung ein Arbeitsbeschaffungsprogramm entworfen. Sie will Mittel zur Arbeitsbeschaffung bereitstellen. Das wichtigste Stück ist die Anlegung des Staubeckens von Ottmachau, das von großer Bedeutung für die Zukunft ist. Unsere Notlage hängt ganz wesentlich zusammen mit den Gebietsabtretungen, wodurch uns Absatzgebiete verloren gingen. Wenn die „Schlesische Zeitung" unseren Antrag höhnisch als Unsinn bezeichnet hat, da sich schon die Handelskammer für den Bau des Staubeckens eingesetzt hat, dann weiß sie nicht, wie notwendig der Druck der öffentlichen Körperschaften ist. Es handelt sich aber nicht nur um Ottmachau. Das Programm der Regierung sieht 280 Kilometer neue Schienen, Hochbauten und andere Bauten vor und es frägt sich, was davon in Breslau und Schlesien geschehen soll. Der Reichsbahn verdanken wir einen großen Teil der Erwerbslosigkeit, deshalb müssen wir fordern, daß

ein Teil der Arbeit auf Breslau

entfällt. Infolge der Gebietsabtretungen sind unsere Verkehrsverhältnisse schwieriger geworden. Der Hauptbahnhof sollte schon vor dem Kriege umgebaut werden und der Odertorbahnhof weist Zustände auf, als ob er zu einem polnischen Dorfe gehörte. Es ist Pflicht der Stadt, dafür einzutreten, daß Arbeit hierher kommt. Ebenso steht es mit dem Wohnungsbau. Von 10 000 Siedlungen müssen solche auch in Niederschlesien errichtet werden, um Arbeitslosen die Möglichkeit einer

Rückkehr auf Land

zu beschaffen und die Landwirtschaft zugleich von fremden Arbeitskräften zu entlasten. Das Programm der Reichsregierung sieht aber nur wenig für Schlesien und Breslau vor, deshalb müssen wir drängen, daß für uns mehr geschieht. Wir haben neben der größten Arbeitslosigkeit auch

die größte Wohnungsnot.

Wir mußten tausende und abertausende von Flüchtlingen aufnehmen. Da muß das Reich unserer Stadt helfen. Unsere Grenze ist

nicht kriegerisch, aber kulturell bedroht.

Endlich muß über das Reden hinaus etwas geschehen. Der Oberbürgermeister muß der Regierung mit viel mehr Zähigkeit und Robustheit nachgehen. Die Breslauer Bevölkerung hat bisher auf musterhafte Ordnung gehalten, soll sie dafür bestraft werden? Die Geduld kann dann leicht ihr Ende nehmen. Wir haben alles getan, um die Ruhe aufrecht zu erhalten und die Arbeiter nicht einer schandbaren Klassenjustiz in die Arme zu treiben, aber die große Not birgt dauernde Gefahren für die öffentliche Ordnung. Deshalb müssen wir von der Regierung verlangen, daß etwas geschieht und zugleich den Magistrat um Auskunft bitten, was er zu tun gedenkt, um selbst ebenfalls vermehrte Arbeit zu beschaffen.

Oberbürgermeister Dr. Wagner:

Als dem Magistrat das Arbeitsbeschaffungsprogramm bekannt wurde, hat er sich sofort bemüht, genauere Mitteilungen zu erhalten, was für Breslau geplant sei. Aber weder der Oberpräsident noch der Regierungspräsident waren informiert. Nach und nach sickerten Einzelheiten durch, und dabei mußte festgestellt werden, daß das Ottmachauer Staubecken nicht in dem Programm enthalten war. Der Geschäftsführer in Berlin wurde sofort beauftragt, dringend vorstellig zu werden, und man plante ein gemeinsames Vorgehen mit anderen schlesischen Städten. Unter dem Druck der Handelskammer ist es inzwischen gelungen, durchzusetzen, daß die Arbeiten noch in diesem Jahre begonnen werden. So könne man als sicher annehmen, daß das Staubecken aufgeführt werden würde.

Besonderes Interesse hat der Magistrat auch den Plänen der Reichsbahn entgegengebracht. Die traurigen Zustände auf dem Odertorbahnhofe erfordern vor allem Abhilfe und das Programm sieht vor, daß noch

in diesem Jahre mit dem Umbau begonnen

wird, der spätestens bis zum Sommer nächsten Jahres vollendet sein soll. 450 000 Mark seien auch für den seit Jahren geforderten Tunnel unter dem Odertorbahnhof vorgesehen, ebenso die Fortsetzung der Arbeiten an der Höherlegung der Gütergleise, so daß die Gefahrenecke an der Trebnitzer Straße verschwinden werde. Nichts geschieht aber leider zur Verbesserung des Hauptbahnhofes, dessen Verkehrsverhältnisse schon vor 15 Jahren allseitig als unzulänglich erkannt wurden.

Die langen Kämpfe mit der Reichspost wegen des Baues des Postscheckamtes haben endlich dahin geführt, daß die Mittel bewilligt sind. Er hoffe, daß mit diesem Bau noch im Herbst begonnen werde. Ein großes Interesse hat die Stadt zweifellos auch an der Landsiedlung. Bis jetzt ist leider nichts bekannt geworden, daß für die niederschlesischen Grenzkreise Mittel für die Siedlung bereitgestellt sind. Sehr viele Breslauer Bewohner würden gerne wieder aufs Land gehen, wenn sie dort ordnungsmäßig untergebracht sein würden. Hier müsse also ebenfalls der Hebel angesetzt werden.

Die Klagen über die Vernachlässigung Breslaus seien übrigens schon seit Jahrzehnten, also noch weit vor seiner Zeit erhoben worden. Das Gesicht des preußischen Staates sei leider immer nach dem Westen gerichtet. Der Westen sei vermöge seiner größeren Bevölkerungszahl und der größeren Zahl von Abgeordneten weit einflußreicher als der Osten. Ein besseres

Zusammenarbeiten der Breslauer Parlamentarier mit dem Magistrat

sei unbedingt notwendig. Von jeder Partei müßte er einen Vertrauensmann bekommen, und er beabsichtige, in dieser Beziehung demnächst Maßnahmen zu treffen. Der Oberbürgermeister verweist hierbei auf

die Verdienste des Genossen Scholich,

der als Landtagsabgeordneter viel für die Stadt Breslau getan hat. Die Oberbürgermeister im Westen kommen, wenn sie von der Regierung etwas haben wollen, immer mit ein paar Abgeordneten und setzen dann ihre Wünsche viel leichter durch. Geben auch Sie mir handfeste Abgeordnete mit, interessieren auch Sie die Abgeordneten für die städtischen Notwendigkeiten!

Daneben müssen wir natürlich versuchen, aus eigener Kraft unser Schicksal zu gestalten. Wir haben in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vor den Ferien einen Schritt getan, der ganz bedeutende Opfer für die Stadt erfordert, weil wir eine Arbeitslosigkeit haben, wie keine andere Stadt. Wir müssen auch weiterhin zeigen, daß wir nicht nur müßig klagen, sondern auch unsere eigenen Hände regen wollen, und wir glauben, daß das auf die Reichs- und Staatsregierung nicht ohne Eindruck bleiben kann. Sie muß sich über das Arbeitsbeschaffungsprogramm hinaus für uns interessieren. Die Wohnungsnot ist eines der gräßlichsten Kapitel in Breslau. Sie geht in ihren Anfängen noch in die Jahre vor dem Kriege zurück mit der verfehlten Eingemeindungspolitik des Staates. Wir müssen fordern, daß man uns hilft, daß

das Eingemeindungsgesetz so schnell wie möglich verabschiedet

wird, daß Schluß mit den Verhandlungen gemacht und die Eingemeindung vollzogen wird. Mit einem Schlage entstehen dann zahllose ordentliche Arbeiten — nicht nur Notstandsarbeiten — auf dem Gebiete des Straßenbaues, der Straßenbahn und der Wohnungsbauten. Wir beabsichtigen, ein Notprogramm für den Bau der Wohnungen aufzustellen. Es sind in diesem Jahre bisher ungefähr 1150 Wohnungen angefangen worden. Mit normalen Mitteln werden noch etwa 500 dazu kommen. Wir sehen vor,

ein Notprogramm von weiteren tausend Wohnungen

in Angriff zu nehmen. Damit wird die Not gewiß noch nicht behoben, aber wir müssen wenigstens das Notwendigste tun. Das wird eine große Zumutung an die Bürgerschaft sein in einer Zeit, wo unsere Finanzlage alles andere als rosig ist. Trotzdem müssen wir an die Arbeit gehen, und Reich und Staat müssen auch hier helfend einspringen. Die Straßenbahn wird neue Wagen in Arbeit geben, wird ältere Wagen umbauen lassen, und auch die Hauptwerkstatt für die Straßenbahn, für die die Anleihemittel zur Stelle sind, wird kommen. Straßenbahn-Umlegungen, Kanalisationsbauten sind geplant, ebenso ist der weitere Ausbau des Oderschutzes notwendig. Ueber eine Million Mark haben wir aufgewendet, um die Ohleniederung zu schützen. Wir wollen unsere Pflicht bis zum Aeußersten tun und unsere Finanzen so weit als möglich anspannen. Reich und Staat geben wir zu bedenken, daß auf unserem Rücken seit einem Jahre der polnische Zollkrieg ausgetragen wird, daß die Abtretung eines Teiles Oberschlesiens nicht nur, sondern auch der Verlust Posens und Westpreußens unserem Handel die schwersten Wunden geschlagen hat, und selbst den ostpreußischen Markt, zu dem wir früher gute Beziehungen hatten, raubte. Wir erheben unsere warnende Stimme, da es höchste Zeit ist, uns endlich zu helfen, nachdem wir uns bis zum Weißbluten angestrengt haben.

Stadtrat Fuchs

verbreitet sich ausführlich über die Notwendigkeit, das Wohnungsbauprogramm zu steigern, um die Arbeitslosen im Baugewerbe zu beschäftigen. Gab es in der Stadt im April 1925 1800 Arbeitslose auf diesem Gebiete, so waren es im April 1926 4057, am 1. Juli 1925 waren es 890, zur gleichen Zeit dieses Jahres 2360. Wir haben in Breslau eine Fehlmenge von 14- bis 15[illegible] Wohnungen. Der Bevölkerungszuwachs im Jahre 1924/25 war fast genau so groß, wie vor dem Kriege. Trotzdem wird nicht genügend gebaut. Es ist also aller Anlaß vorhanden, um Notmaßnahmen zu rechtfertigen. Das vom Oberbürgermeister angedeutete Not-

standsbauprogramm von etwa 1000 Wohnungen erfordert elf Millionen Mark. Vier Millionen werden davon durch erststellige Beleihungen des Realkreditmarktes beschafft werden können. Man wird weiter bemüht sein, noch größere Beiträge als bisher aus der Hauszinssteuer zu erhalten. Ungefähr sechs Millionen müssen aber aus eigener Kraft herbeigeführt werden und er hoffe, daß es zu erträglichen Bedingungen möglich sein werde. Auch die Sparkasse werde helfend einspringen. Man werde diese Hypotheken aber nicht höher verzinsen dürfen als diejenigen aus der Hauszinssteuer. Das bedeute, daß die Zinsdifferenz zu Lasten der Bevölkerung aufgebracht werden müsse. Die Deckungsfrage brauche uns zunächst nicht zu beunruhigen, da der Kämmerer demnächst mit einer umfassenden Deckungsvorlage kommen werde. Das Notstandsbauprogramm werde auf viele Nebengewerbe befruchtend einwirken. Die preußische Regierung gebe zu erkennen, daß mit dem Abschluß der Eingemeindung bereits in den nächsten Monaten zu rechnen sei.

Stadtrat Cohn

gibt Auskunft über das, was die Straßenbahn zur Verminderung der Arbeitslosigkeit zu tun gedenkt. Ueber die Pläne der Straßenbahnverwaltung berichtete Stadtrat Cohn. Sie wolle 40 bis 50 Wagen umbauen lassen, außerdem etwa 30 bis 40 Wagen neu in Auftrag geben. Die Eingemeindung werde eine Reihe von Straßenbahnausbauten bringen, so Verlängerungen der Gräbschener Bahn nach Opperau, der Bahn nach Zimpel bis zur Schwoitscher Brücke, von Grüneiche bis Bischofswalde, eine weitere Verbindung zu den Coseler Friedhöfen sowie nach dem Stadion, eine Anzahl von Verbindungsstücken in der Stadt und, wenn der Oderstromtunnel gebaut werde, eine Strecke nach Pohlanowitz und Rosenthal. Andere Vororte werden durch Autobusse erreicht werden, deren Karosserien wenigstens in Breslau gebaut werden sollen. Das Geld für diese Baupläne ist vorhanden, es komme nur noch darauf an, daß die Stadtverordneten dem Magistrat die Ermächtigung geben, mit den Arbeiten zu beginnen.

In einer umfangreichen Aussprache traten die Stadtv. Dr. Wolf (Ztr.), Hallpaap (Vpt.), Wolf (Dem.) und Braune (Dnat.) den Ausführungen des Genossen Mache und des Oberbürgermeisters bei.

Stadtv. Voigt (Soz.)

bemängelte das mangelhafte Zusammenarbeiten von Magistrat, Oberpräsident, Regierungspräsident, Handels- und Landwirtschaftskammer. Alle diese Instanzen müssen ständig zusammenwirken, um die Interessen der Stadt und der Provinz bei der Regierung zu fördern. Die Erweiterung des Breslauer Bauprogramms ist zu begrüßen, es muß mit dazu dienen, die elendesten Löcher zu schließen, in denen heute Menschen hausen. Die Mieten aber müssen so gehalten sein, daß sie auch bezahlt werden können.

Am Schlusse der Aussprache wurde zunächst folgende Entschließung Voigt (Soz.) und Genossen einstimmig angenommen:

Die Arbeitslosigkeit hat in der Provinz Schlesien, ganz besonders aber in der Stadt Breslau, einen ungeheuren Umfang angenommen. Der Bericht über die Erwerbslosenfürsorge der Stadt Breslau für Monat Juli benennt als arbeitslos 28 166 Männer und 17 436 Frauen.

Während im Reich die Erwerbslosigkeit seit Mitte Februar bis Mitte Juli d. J. um 15 Prozent zurückgegangen ist, hat sich die Arbeitslosigkeit in Breslau in derselben Zeit um 15 Prozent erhöht. Zurückzuführen ist diese für Breslau katastrophale Entwicklung auf die Schließung von Reparaturwerkstätten der Reichsbahn und weitere zahlreiche Entlassungen in der Metallindustrie, insbesondere bei den Linke-Hofmann-Werken.

Das von der Reichsregierung vorgelegte Arbeitsbeschaffungs-Programm trägt den Erfordernissen des Ostens im allgemeinen und den Erfordernissen der Stadt Breslau im besonderen keineswegs Rechnung, und wenn auch nach Zeitungsberichten die Mittel für den Bau des Ottmachauer Staubeckens und für die Oderregulierung bewilligt sind, so wird trotzdem die Inangriffnahme dieser Arbeiten eine merkliche Entlastung auf dem Arbeitsmarkt nicht bringen. Es müssen deshalb von Reich und Staat weitere Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung getroffen werden, wenn nicht die gesamte schlesische, insbesondere die Wirtschaft in Breslau, tödlich getroffen und damit Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten der Verzweiflung und der bittersten Not ausgesetzt werden sollen.

Alle Propagandatätigkeit der Reichs- und Staatsregierung, alle schönen Reden der Reichs- und Staatsminister in Schlesien, die immer damit enden, daß alles getan werden muß, um in diesem bedrängten Grenzland das Deutschtum zu erhalten, werden aber durch die Mißachtung der wirtschaftlichen Belange zuschanden gemacht.

Deshalb fordern wir Bereitstellung von Mitteln für

a) beschleunigte Inangriffnahme des Ottmachauer Staubeckens und der damit zusammenhängenden Oderregulierung.

b) zur Vermeidung der in diesem Jahr über Schlesien hereingebrochenen schweren Ueberschwemmungsgefahren, für die Flußregulierungen,

c) beschleunigte Inangriffnahme der seit langem geplanten Verkehrsverbesserungen, bedingt durch die Abtretung Oberschlesiens und der Provinz Posen,

d) Ausbau der Breslauer Bahnhöfe im allgemeinen und des seit langen Jahren projektierten Umbaues des Oderterbahnhofes im besonderen,

e) ein großzügiges, auf mehrere Jahre verteiltes Siedlungsprogramm in den Grenzkreisen zur Stärkung des kleinbäuerlichen Besitzes, zur Seßhaftmachung deutscher Landarbeiter und damit zur Stärkung des Deutschtums in den Grenzgebieten.

Darüber hinaus erwartet die Stadtverordneten-Versammlung, daß von seiten der Staatsregierung alles getan wird, um die für Breslau so notwendige Eingemeindung zu einem beschleunigten Abschluß zu bringen, und daß Mittel, insbesondere aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge, in ausreichendem Maße freigestellt werden, um die Aufschließung der Vororte in Angriff zu nehmen, weil dadurch neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden.

Weiter wurden die folgenden beiden sozialdemokratischen Anträge ebenfalls einstimmig angenommen:

I.

a) daß zur Förderung des Kleinwohnungsbaues und zur Behebung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe eine Anleihe in Höhe von 6 Millionen Mark aufgenommen wird, die mit höchstens 8 Prozent verzinst und in längstens 30 Jahren getilgt werden soll.

b) aus dieser Anleihe zweite Hypotheken neben den Hauszinssteuerhypotheken gegeben werden, damit noch im Herbst dieses Jahres ein Notstandsbauprogramm von etwa 1000 Wohnungen in Angriff genommen werden kann,

c) die aus den Anleihemitteln bereit zu stellenden zweiten Hypotheken zu einem Zinsfuß begeben werden, der es ermöglicht, die Miete nicht über die jeweiligen Alt-Wohnungsmieten zu erhöhen,

d) der Höchstbetrag der Bürgschaftsübernahme bei Beleihung von Kleinwohnungsbauten um weitere 4 Millionen Mark auf 15 Millionen Mark erhöht wird.

II.

Die Verwaltung der Straßenbahn erhält Vollmacht, 40 Straßenbahnwagen umbauen zu lassen und weitere 40 neue Wagen zu bestellen. Sie wird ferner ermächtigt, die projektierten Gleisbauten und Verlängerungen der Linien sofort vornehmen zu dürfen.

Ein Antrag Ammon (Komm.), ein Unterstützungsprogramm für den Winter aufzustellen, wurde dem Ausschuß überwiesen.

Ein Wohnungsidyll.

Ein Neubau, der noch bewohnt ist.

Ein sonderbares Bild bietet gegenwärtig ein Neubau in Pöpelwitzstraße 11, der teilweise noch bewohnt ist. Dort ist voriges Jahr von der Baupolizei das alte Grundstück als baufällig und abbruchsreif befunden worden. Es steht aber noch teilweise und ist von drei Familien bewohnt (!), obwohl der Neubau hinten bereits ein Kellergeschoß enthält und schon zwei Stock hoch aufgeführt ist. An der Vorderfront ist das erste Stockwerk auch teilweise schon fertig. Das bewohnte Grundstück sieht aus, als wenn das letzte Hochwasser die rechte Front weggerissen hätte. Rechts und links davon und hinten strebt bereits der Neubau in die Höhe. Das Ganze wirkt wie ein bauliches Kuriosum!

Durch die drei hier wohnenden kinderlosen Familien — bei der einen Familie haust noch eine alte Mutter — ist nun der ganze Weiterbau in Frage gestellt und wenn es nicht bald gelingt, diese Leute anderweitig in Notquartieren unterzubringen, müssen 16 Bauleute mit der Arbeit aufhören und stempeln gehen.

Dagegen könnten bei einem richtigen Fortgang des Baues noch 20 Mann dazu eingestellt werden!

Wie wir hören, hat sich der Wohnungskommissar außerstande erklärt, den drei Familien andere Wohnungen zu beschaffen. Auch die Baupolizei, die doch das alte Grundstück als baufällig befunden hat sowie der Grundstücksbesitzer und Bauherr Potrz, Bärenstraße 29, wissen auch keinen Ausweg aus dieser schwierigen Lage. Was soll nun werden?

Lassen sich denn die drei kinderlosen Familien nicht in den Wohnbaracken auf der Viehweide unterbringen, wo doch neuerdings wieder zwei größere Unterkunftsräume fertiggestellt wurden?

Der jetzige Zustand ist jedenfalls ganz unhaltbar und es ist höchste Zeit, daß hier etwas Durchgreifendes geschieht. Sonst müssen, wie gesagt, 16 Bauleute mit ihren Familien der Wohlfahrtspflege zur Last fallen.

Der ganze Fall ist skandalös.

Der Zoologische Garten will wieder aufbauen.

In der am Sonnabend Nachmittag einberufenen Generalversammlung der Gesellschaft Zoologischer Garten Breslau wurde mitgeteilt, daß Dr. v. Eichhorn, der bisherige 1. Vorsitzende des Aufsichtsrats, seinen Vorsitz niedergelegt hat. An seiner Stelle ist Direktor Kemna gewählt worden. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Dr. v. Eichhorn und Bankdirektor Behrendt anstelle des ebenfalls zurückgetretenen Dr. Milde gewählt. Auf der eigentlichen Tagesordnung stand als wichtigster Punkt der Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals von bisher 31 640 Reichsmark um bis 1 Million Reichsmark auf bis 1 031 640 Reichsmark. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Das Kapital soll durch Ausgabe von Namensaktien zu 20 und 100 Reichsmark aufgebracht werden; auf eine Aktie von 20 Reichsmark entfällt eine Stimme. Mehr als 50 Stimmen dürfen auf einen Aktionär nicht entfallen. Das Bezugsrecht der alten Aktionäre wird ausgeschaltet.

Zum Wiederaufbau des Zoologischen Gartens, dem die Kapitalserhöhung dienen soll, sind mindestens 500 000 Reichsmark nötig, von denen 300 000 Mark auf Neuanschaffung von Tieren und 200 000 Mark zur Instandsetzung verwandt werden müssen. Sollten für mehr als 500 000 Mark Aktien abgesetzt werden, so würde der Mehrbetrag bei genügender Höhe zum Bau eines Aquariums an der Ecke Poststraße verwandt werden. Die schon mehrfach geäußerten Wünsche nach Verlegung des Gartens nach außerhalb sind infolge zu hoher Kosten unerfüllbar.

Außer der Kapitalserhöhung wurden noch einige Satzungsänderungen von rein organisatorischer Bedeutung vorgenommen.

Der neue Vorsitzende des Aufsichtsrats betonte die Notwendigkeit, das volksbildende Werk des Zoo aufrechtzuerhalten und die Kapitalzeichnung zu propagieren.

Das nächste Abendrennen in Grüneiche.

Der Verein für Radrennen stellt an seinem morgigen großen Abendrennen der Breslauer Radsport-Gemeinde drei neue deutsche Meister vor, und zwar die Bundesmeister über die kurze und die lange Strecke Fritz Graue und Viktor Rausch sowie den diesjährigen Stehermeister Karl Wittig, der am vergangenen Sonntag auf der Berliner Olympia-Bahn zum dritten Male nach dem Kriege den Titel eines deutschen Meisters nach Hause fahren konnte. Bei der starken Gegnerschaft werden sich die deutschen Meisterfahrer gehörig strecken müssen, um auch hier in Breslau unsere jungen Würden zu bestätigen.

Den großen Amateurwettkampf, betitelt „Kriterium der Amateure", bestreiten Graue, Rausch, Engel, Ozmella, Stupinski und für den verhinderten Paul Nickel der Gaumeister Helmuth Kießlich. Das Kriterium besteht aus vier Läufen zu je drei Fahrern, einem Malfahren und einem Punktefahren mit steigernder Wertung. Die Dreier-Läufe sind wie folgt eingeteilt worden: 1. Lauf: Graue, Rausch, Kießlich; 2. Lauf: Engel, Ozmella, Stupinski 3. Lauf: Graue, Engel, Kießlich; 4. Rausch, Ozmella, Stupinski. Das Malfahren sowie das Punktefahren bestreiten alle sechs Fahrer gleichzeitig.

Bei den Dauerrennen sind die Vorbedingungen für scharfe, spannende Positionskämpfe gegeben.

Die Rennen beginnen um 7½ Uhr. Zu hoffen bleibt, daß Petrus endlich einmal ein Einsehen haben und der großzügigen Veranstaltung ein gutes Wetter sicheren wird.

* **Silberhochzeit** feiert heut das Otto Hauptsche Ehepaar, Frankfurter Straße 39. Seit 27 Jahren ist die „Volkswacht" im Hause und ebenso ist Genosse Haupt ein treues Mitglied der Partei. Wir wünschen dem Jubelpaar noch viele Jahre glücklicher Ehe.

* **Silberhochzeit** feiert heute das Ehepaar Paul und Anna Tietze, Luisenstraße 23. Genosse Tietze ist langjähriges Partei- und Gewerkschaftsmitglied, sowie Leser der „Volkswacht". Er war Mitbegründer des Konsumvereins „Vorwärts", bei dem er jetzt seit zwei Jahren beschäftigt ist. Wir gratulieren herzlich!

* **Grete Reinwald, die Sommerkönigin,** sendet uns eine Berichtigung zu einer Notiz des Inhalts, daß sie und nicht eine andere Filmschauspielerin im Berliner Luna-Park zur diesjährigen Sommerkönigin gekrönt wurde.

* **2000 Mark Belohnung.** In der Nacht vom 9. zum 10. Juli ist auf dem Dominium Rosenthal eine Scheune mit Inhalt, vermutlich durch Brandstiftung, niedergebrannt. Die Schlesische Feuersozietät hat obige Belohnung für diejenige Person ausgesetzt, die Angaben über den Brandstifter macht, welche zu seiner Bestrafung führen. Zweckdienliche Angaben, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, erbittet das Polizeipräsidium, Schuhbrücke 46, Zimmer 7, bezw. die Staatsanwaltschaft Breslau zum Aktenzeichen 21. J. 1157/26.

Achtung! Weitersagen!

Zur Festlegung einheitlicher Richtlinien in der Bearbeitung von Schulfragen seitens der gewählten Elternbeiräte findet am Freitag, den 20. August, abends 8 Uhr, im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses, eine

Versammlung der auf die Liste „Schulfortschritt" gewählten Elternbeiräte

statt. Eingeladen sind und mit teilzunehmen haben auch die Genossen und freien Gewerkschaftler, die als Vertreter auf den „christlich-nationalen" Listen stehen. Zu Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller gewählten Vertreter Pflicht.

Eltern, die ihre gewählten Elternbeiräte noch nicht genannt haben, bringen zur Versammlung ein Verzeichnis mit.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Ohle 5852.

Schriftführer! Distriktsführer!

Auch diesmal, 8 Tage nach der Distriktsversammlung, müssen wir nachstehend die Distrikte veröffentlichen, von denen noch kein Bericht über die Distriktsversammlung eingegangen ist: 2, 12, 13, 14, 18, 20, 21, 23, 24, 27, 37, 42. Wir erwarten den Bericht umgehend, da die Frauenversammlungs-Berichte auch schon wieder fällig sind.

Distrikt 9/41 (Pöpelwitz). Donnerstag, den 19. August, treffen sich alle Elternbeiräte der Liste Schulfortschritt und sämtliche Funktionäre der Partei zu einer kurzen Besprechung bei Bräuer, Pöpelwitzstraße 36, abends 7 Uhr. Erscheinen aller ist Pflicht.

Distrikt 13. Heute Dienstag, den 17. August, abends 8 Uhr: Wichtige Sitzung sämtlicher Funktionäre und Inhaber von Sammellisten im Anglerheim, Leuthenstraße 72. Alles zur Stelle!

Distrikt 21. Alle Funktionäre sowie Komiteemitglieder treffen sich heute, abends 8 Uhr, bei Lampner. Unser Kinderfest findet Sonntag, den 22. August, in Woischwitz statt.

Jungsozialisten. Mittwoch abend 8 Uhr setzen wir unsere Kapital-Arbeitsgemeinschaft fort. Erscheinen aller Genossen, die die Arbeitsgemeinschaft begonnen haben, ist Pflicht.

Reichsbanners Dank!

Unsere Verfassungsfeier ist vorüber. Wiederum haben viele Tausende von Breslauer Bürgerinnen und Bürgern bewiesen, daß das Wort Republik und Verfassung für sie kein leerer Schall ist. Wiederum haben, wie im Vorjahre, viele Tausende unserer Einladung zur Teilnahme an unserer Verfassungsfeier Folge geleistet und durch ihre Gegenwart zur Verschönerung unserer Feier und zum vollen Gelingen des Festes beigetragen. Allen ihnen sei unser herzlichster Dank. Besonderen Dank aber sagen wir der Geschäftswelt, welche uns durch freiwillige Spenden von Verlosungsgegenständen in die Lage versetzt hat, unseren Kameraden und Festteilnehmern für geringen Lospreis zum Teil sehr wertvolle Gewinne auszuhändigen.

Da es uns unmöglich ist, jedem einzelnen der freundlichen Spender zu danken, nehmen wir hiermit Veranlassung, es auf diesem Wege zu tun. Die Ortsleitung. J. A.: Alexander.

Ortsverein. Die Jugendbanner werden nochmals auf das Pflichtantreten am Mittwoch, den 18. August, hingewiesen. Es stehen marschbereit:

Jugendbanner Ost: 7,30 Uhr abends, Löschstraße.
" Süd: 7,30 Uhr abends, Schauspielhaus.
" West: 7,00 Uhr abends, Wachtplatz.
" Nord: 7,30 Uhr abends, Bauschulplatz.

Banner 8 (Braun). Heute Dienstag, den 17. August, abends 8 Uhr, Zug- und Gruppenführer-Sitzung bei Weiß, Friedrich-Karl-Straße. — Freitag, den 20. August, abends 8 Uhr, Pflichtversammlung im „Tannenhof", Berliner Straße. Angehörige haben ab 9 Uhr Zutritt.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

An alle Jugendgruppen! Jede Jugendgruppe muß zum Sommerfest am 29. August 10 Mitglieder zur Mitwirkung stellen. Diese müssen auf jeden Fall Freitag, den 20. August, abends ½8 Uhr, im Galeriezimmer des Gewerkschaftshauses sein. Jede Gruppe, die ihre Pflicht ohne triftigen Grund vernachlässigt, verfällt Maßregelungen von seiten des Kartellvorstandes.

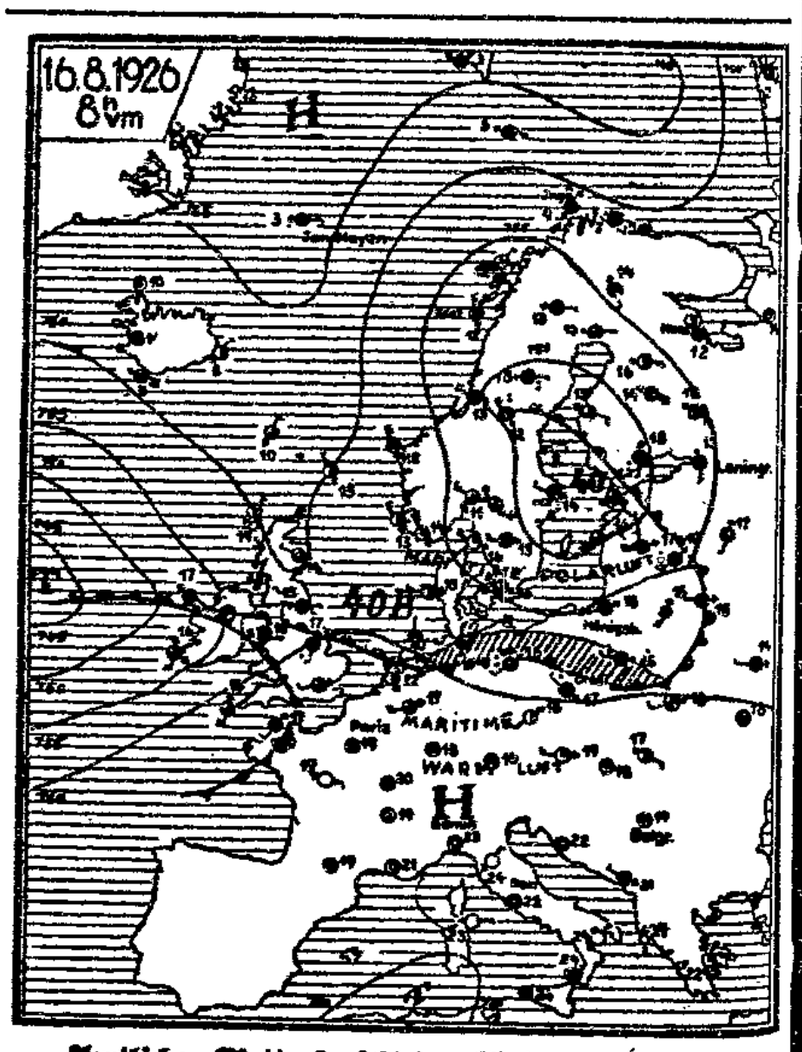
Metallarbeiter-Jugend. Heute Heimabend; Liederbücher mitbringen.

Jugend im Maler- und Lackierer-Verbande. Mittwoch ist unsere Monatsversammlung im Gewerkschaftshaus, Galeriezimmer. Erscheint alle zahlreich!

Z.d.H.-Jugend. Heute abend Spiel und Tanz auf den Grüneicher Wiesen. Wir treffen uns um 8 Uhr vor dem Gewerkschaftshause. Bei schlechtem Wetter treffen wir uns im Heim, Taschenstraße 31. — Donnerstag, den 19. August, abends 8 Uhr, spricht ein Jugendkollege im Zeichensaal der Schule Taschenstraße 31 in einer Arbeitsgemeinschaft über das Thema „Unser Kurs innerhalb der Jugendbewegung". Wir erwarten vollzähliges Erscheinen aller Jugendfreunde.

Arbeiterjugend.

Hans Sachs-Spieler. Heute abend treffen wir uns alle im Gewerkschaftshaus zur Probe. Alles hat pünktlich 8 Uhr zu erscheinen.



Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

Ueber dem nördlichen Deutschland spielte sich ein Kampf zwischen Warm- und Kaltluft ab. Vor der Hand hat bei uns die letztere die Oberhand gewonnen. Während in ganz Süddeutschland und Frankreich im Bereiche der subtropischen Warmluft allgemein 30—35 Grad erreicht wurden, liegen bei uns in der etwas erwärmten Polarluft die Temperaturen um 20 Grad. Die Lage behält vorläufig besonders in den Ostseeländern und dem östlichen Mitteleuropa ihren unsicheren Charakter. Zu stärkeren Niederschlägen dürfte es jedoch nicht kommen. Aussichten: bei zeitweise auffrischendem westlichem Winde anfangs noch einzelne Schauer, zum Teil Gewitter, zeitweise aufheiternd, mäßig warm. Aussichten für die schlesischen Gebirge: bei starken nordwestlichen Winden vorübergehend neblig, bewölkt mit leichten Schauern, mäßig warm.

Schauspielhaus (Operettenbühne). Heute Dienstag findet die 25. Aufführung der rasch beliebt gewordenen burlesken Tanzoperette „Donnerwetter — ganz famos" statt. Die Schlager des überaus lustigen Werkes lösen allabendlich hellsten Jubel beim Publikum aus. Der Beifall gilt nicht nur dem Werke, sondern auch der von Presse und Publikum anerkannt ausgezeichneten Darstellung durch Hilde Lefler, Trude Reiter, Günther Fischer, Ernst Wendler, Rudolf Kurt, Friedrich Reinicke, Erich Gottschalk, Kurt Tirolt und Edmund Vosch. Mittwoch und die folgenden Tage wird „Donnerwetter — ganz famos" wiederholt.

Gewerkschaftsbewegung.

Neue Verhandlungen im englischen Streik?

London, 17. August. (Eigener Funkbericht.)

Die Konferenz der Bergarbeiterorganisationen prüfte am Montag in vielstündiger Sitzung die Ergebnisse der Urabstimmung, die die streikenden Bergarbeiter für den Vermittelungsvorschlag der Bischöfe durchgeführt haben, wobei die Mehrheit sich für Ablehnung dieser Vorschläge ausgesprochen hat. Ein größerer Teil der Bergarbeiter in den schottischen Bezirken hat an dieser Abstimmung nicht teilgenommen. Die Gründe dieses Verhaltens sind noch nicht ganz klar. Die Besprechung des Abstimmungsergebnisses und der daraus zu ziehenden Folgen dauerte bis in den Abend hinein und wurden hauptsächlich auf Dienstag, 10 Uhr vormittags, vertagt. Die Konferenz wird sich heute mit der Frage befassen, ob und auf welcher Basis neue Verhandlungen aufgenommen werden sollen.

Brief aus Schweden.

Lieber Freund und Genosse!

Gern komme ich Deiner Bitte nach, kurz zu schreiben, ob Du vielleicht hier oben in Schweden Anstellung und Beschäftigung finden kannst. Zwar ist es wahr, daß in Schweden die Arbeitslosigkeit sehr gering ist, und daß wir in Schweden, abgesehen von einigen Orten, von dieser Arbeitslosigkeit fast nichts merken, aber trotzdem bestehen für einen ausländischen Arbeiter oder Angestellten keine allzu großen Aussichten dafür, daß er hier eine Anstellung bekommt.

Will man diese Lage auf dem schwedischen Arbeitsmarkt verstehen und würdigen, dann muß man vor allem eins beachten: In den letzten Jahren haben die schwedischen Angestellten und Arbeiter sich einen sehr beachtlichen Stand der Lebenshaltung erkämpft, denn die Löhne und Gehälter sind gegenüber der Vorkriegszeit stärker gestiegen als die Preise, und zwar sind die Löhne der Arbeiter im Durchschnitt um 122 Prozent und die der Angestellten um 97 Prozent gestiegen, während ja nur eine allgemeine Preissteigerung von 50 Prozent vorliegt. Diese günstige Entwicklung der Löhne und Gehälter verdanken wir vor allem der Macht und der zielbewußten Politik der schwedischen Gewerkschaften, die durch Anwendung aller Mittel, wie vor allem der Blockade, des Boykotts und des Streiks, alle Versuche der Herabsetzung der Löhne verhindert haben. Diese Machtmittel sind so fein ausgearbeitet, daß es unmöglich ist, daß heute ein schwedischer Arbeiter seine Arbeitskraft billiger anbietet als es die Vereinbarungen vorsehen. Tut er es dennoch, so wenden wir uns mit allen Mitteln und Waffen gegen ihn. Dasselbe gilt selbstverständlich für einen ausländischen Arbeiter. Kommt er hierher und sucht er hier Arbeit, dann muß er sich vor allem darüber im klaren sein, daß er sich den Vorschriften der Gewerkschaften zu fügen hat.

Aber auch wenn der ausländische Arbeiter dies tut und sich hier nicht als Lohndrücker Arbeit verschafft, dann müssen wir schwedischen Arbeiter uns noch die eine Frage stellen: Verdrängt der ausländische Arbeiter irgendeinen schwedischen, nimmt er einem Landsmann Arbeitsmöglichkeit und Brot?. Es wird also von der jeweiligen Lage in den einzelnen Wirtschaftszweigen abhängen, inwieweit ausländische Arbeiter hier Unterkunft finden können. Da kann keine generelle Antwort gegeben werden, höchstens die, daß für ausgesprochene Spezialarbeiter eine gewisse Möglichkeit besteht, für andere aber kaum. Am schlechtesten sind die Aussichten für Dich als kleinen Angestellten. Die kleinen Angestellten leiden hier viel mehr unter Arbeitslosigkeit als die Arbeiter. Auch hier hat der Mittelstand etwas in der Kriegs- und Nachkriegszeit gelitten. Die „Töchter des Hauses" können von Mama und Papa nicht mehr all das Geld bekommen, das nötig ist, um sich hier nach der neuesten Mode zu kleiden. Aber das schwedische Mädchen will nun einmal gut gekleidet sein, und so bleibt ihr nichts anderes übrig, als eine Anstellung zu suchen, um das für die Kleidung nötige Geld zu beschaffen. Die Folge ist eine sehr schlechte Lage aller Angestellten, die ihre Arbeitskräfte nicht so billig anbieten können wie diese kleinen Mädchen. Deswegen dürfte es für einen ausländischen Angestellten sehr schwer sein, hier unterzukommen.

Besonders aktuell sind diese Fragen ja in den letzten Wochen geworden, als die Aufhebung des Visumzwanges im Verkehr mit Deutschland zum 1. Oktober beschlossen wurde. Viele befürchten, daß zahlreiche deutsche Arbeitskräfte nach Schweden kommen und hier zu billigeren Löhnen als die schwedischen arbeiten werden. Viele fordern deswegen, daß nach Aufhebung des Visumzwanges eine Kontrolle dahingehend geführt wird, daß keine ausländische Arbeitskraft angestellt wird, falls diese betreffende Arbeit von einer schwedischen Kraft ausgeführt werden kann. Aber dies sind vorläufig nur Forderungen, die außerdem noch stark umstritten sind. Was werden wird, kann zur Zeit keiner sagen. Die einen fordern eine Kontrolle aller fremden Arbeitskräfte, die anderen halten eine solche für nicht notwendig, wollen erst einmal die weitere Entwicklung abwarten und dann eventuell später eine Kontrolle einführen, wenn sie unbedingt notwendig sein sollte. Aber auch wenn keine Kontrolle eingeführt wird, dürfte es sehr schwer sein, irgendeine Arbeit zu erhalten, die auch ohne weiteres ein Schwede ausführen kann. Die Auskunft, die ich geben kann, klingt also nicht allzu hoffnungsvoll.

Sonst ist aus Schweden wenig zu berichten. Wir haben einen wunderschönen heißen Sommer gehabt wie selten zuvor. Alle freuten sich des schönen Wetters, und keiner wollte etwas von Politik hören. Aber im Herbst sind Ergänzungswahlen zur ersten Kammer, und deswegen konnten die Politiker nicht schweigen. Jeden Sonntag redeten mehrere jetzige und frühere Minister. Alle Reden drehten sich um dieselben Probleme, um die Arbeitslosenpolitik und um das Abrüstungsproblem. Die jetzige linksbürgerliche Regierung Ekman, die ja an Stelle der früheren sozialdemokratischen getreten ist, ist in ihrer Politik überaus vorsichtig und vermeidet es, sich irgendwie festzulegen. Es besteht ja eine gewisse Aussicht, daß sie sich in ihrer Politik im wesentlichen auf die Sozialdemokratie stützen wird, aber Positives ist hier kaum zu sagen. Sicherlich wird die Regierung Ekman den von der sozialdemokratischen Regierung angenommenen Abrüstungsvorschlag loyal durchführen und in dieser Frage mit den Sozialdemokraten zusammen arbeiten. Aber sehr unwahrscheinlich ist es wohl, ob die Regierung Ekman sich auch in ihrer Sozialpolitik, die für die nächste Zukunft in Schweden von entscheidender Bedeutung sein wird, auf die Sozialdemokraten stützen wird. Hier wird sie wohl leider Anschluß an die Rechtsparteien suchen, hier wird es wohl leider unmöglich sein, einen Block der bürgerlichen Parteien gegen den sozialen Fortschritt zu verhindern. Doch genaueres läßt sich über die zukünftige Sozialpolitik erst nach den Wahlen im Herbst sagen.

Bis dahin herzlichste Grüße von Deinem Freund

Soen.

Oesterreichische Arbeiterwahlen.

Wien, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag haben in Oberösterreich die Wahlen für die Kammer der Arbeiter und Angestellten stattgefunden. Gegenüber dem Jahre 1921 haben die Freien Gewerkschaften einige Mandate verloren. Das Ergebnis zeigt aber, daß die Freien Gewerkschaften sowohl bei den Arbeitern als bei den Angestellten selbst in dem schwarzen Land Oberösterreich die große Mehrheit haben. In der Sektion der Arbeiter erhielten die Freien Gewerkschaften von 34 000 Stimmen 27 700 die Christlichen Gewerkschaften 5200, die Deutschnationalen 1256. In der Angestelltensektion haben die Freien Gewerkschaften von 5584 gültigen Stimmen 2557 erhalten, die Christlichen Gewerkschaften 820, die Deutschnationalen 2100. Bei den Angestellten gelang es den freien Gewerkschaften, von 8000 Stimmen 6200 auf sich zu vereinigen.

Die Not der Textilarbeiter in der Tschechoslowakei.

Prag, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Von der außerordentlichen Wirtschaftskrise der Tschechoslowakei werden insbesondere die Textilarbeiter betroffen. Die Textilarbeiter-Organisationen sehen sich deshalb veranlaßt, am Montag bei der Regierung vorstellig zu werden. Es wurde festgestellt, daß von der täglich weiter um sich greifenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bereits Zehntausende von Textilarbeitern erfaßt werden. Die Löhne der noch beschäftigten Arbeiter betragen wöchentlich 40 bis 50 Kronen, das sind 5 bis 6 Reichsmark. Die Flachsindustrie ist bereits zu 70 Prozent stillgelegt und die Arbeiterschaft entlassen. Die Gewerkschaften waren deshalb gezwungen, für die Arbeitslosen die in ihren Kassen befindlichen Mittel bereitzustellen, so daß sie heute Millionen-Defizite aufzuweisen haben. Die Verbände verlangen jetzt staatliche Vorschüsse zu den Arbeitslosenunterstützungen und eine besondere Unterstützungseinrichtung für Kurzarbeiter.

Lohnkonflikt in der polnisch-oberschlesischen Schwerindustrie.

Die Verhandlungen der Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern wegen der Regelung der Löhne in der Schwerindustrie haben sich zerschlagen. Die Vertreter der Gewerkschaften forderten eine Erhöhung der bisher geltenden Löhne um 25 Prozent. Die Arbeitgeber verlangten die Einführung der vollen achtstündigen Arbeitszeit in den Gruben. Sie beriefen sich auf die erst jetzt erfolgte Stabilisierung des Zloty und meinten, an dem Export der Kohle ins Ausland verdienten sie so gut wie nichts. Sie forderten eine Herabsetzung der Löhne um 5 Prozent. Nach zweistündiger Beratung wurde die Sitzung ergebnislos abgebrochen. Die Vertreter der Gewerkschaften wollen sich an den Schlichtungsausschuß wenden.

Streikabstimmung der Berliner Brauer.

In der Berliner Brauindustrie ist plötzlich ein scharfer Lohnkonflikt entstanden. Die Brauereiarbeiter hatten bereits im Juli von dem Verein der Brauereien Berlins und Umgegend eine Lohnerhöhung um 4 Mark pro Woche verlangt, doch wurden die Verhandlungen damals ausgesetzt. Am Sonnabend fand eine neue Aussprache statt, in der jedoch die Brauereien einen ablehnenden Standpunkt einnahmen. Die Funktionärversammlung beschloß auf Antrag der Verhandlungsleiter, in dieser Woche eine Abstimmung in den Betrieben durchzuführen, in der entschieden werden soll, ob als Antwort auf die abgelehnten Lohnwünsche der Streik proklamiert werden soll oder nicht.

Die Modekrankheit der Unternehmer.

Der Verband Berliner Baugeschäfte und die Arbeitsgemeinschaft der Deutschen industriellen Bauunternehmungen hatten den Tarifvertrag für die Putzer am 30. Juni zum 30. September gekündigt. Sie teilen den Tariforganisationen gleichzeitig mit, daß sie ihre Abänderungsvorschläge, die nur redaktioneller Natur seien, in Kürze ebenfalls schriftlich überreichen würden. Die Unternehmer ließen sich aber mit der Ueberreichung ihrer Abänderungsvorschläge reichlich Zeit. Einen Tag vor der Versammlung der Putzer, am Mittwoch, also 6 Wochen nach der Kündigung liefen die Vorschläge ein. Die angekündigten „redaktionellen Aenderungen" sind in Wirklichkeit nichts anderes als ein verschleierter Abbau der Akkordpreise in ziemlichem Ausmaße.

Die im Baugewerksbund organisierten Putzer nahmen in in einer gut besuchten Versammlung zu den Forderungen der Bauunternehmer Stellung und beauftragten die Organisation, die Aufnahme derartiger Verschlechterungen in den Tarifvertrag glatt abzulehnen. In einem einstimmig angenommenen Antrag behalten sich die Putzer alle weiteren Schritte vor, wenn mit den Unternehmern nicht bis zum 30. September, dem Ablaufstermin des Tarifvertrags, eine Einigung erzielt ist.

Soziales.

Eine wichtige Entscheidung zum neuen Kündigungsschutzgesetz für ältere Angestellte.

Bekanntlich ist durch die Initiative der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein Gesetz im Reichstag verabschiedet worden, das den älteren und langgeschäftigten Angestellten erhöhten Kündigungsschutz gewährt. Dieses Gesetz trat am 29. Juli in Kraft, wurde jedoch für alle Kündigungen, die zwischen dem 15. Mai und dem Inkrafttreten des Gesetzes liegen und natürlich unter das Gesetz fallen, für rückwirkend erklärt, so daß noch einer großen Anzahl von Angestellten, denen am 15. Mai zum 30. Juni gekündigt worden war, das Gesetz zugute kommt.

Es haben sich auch bereits, wie bei jedem neuen Gesetz, verschiedene Streitfragen über die Auslegung des Gesetzes ergeben. Ueber einen besonders interessanten Fall hatte das Gewerbegericht Dresden zu entscheiden, der deshalb von weittragender Bedeutung ist, weil durch ihn zum ersten Male die Frage entschieden wurde, ob ein Arbeiter, der innerhalb der im Gesetz vorgeschriebenen Beschäftigungsdauer in ein Angestelltenverhältnis eingetreten ist, ebenfalls unter das Schutzgesetz fällt.

§ 1 des Gesetzes besagt: „Die Vorschriften dieses Gesetzes finden Anwendung auf Angestellte, die nach § 1 des Versicherungsgesetzes für Angestellte versicherungspflichtig sind oder sein würden, wenn ihr Jahresverdienst die Gehaltsgrenze nach § 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte nicht überstiege."

Und § 2 lautet: „Ein Arbeitgeber, der in der Regel mehr als zwei Angestellte ausschließlich der Lehrlinge beschäftigt, darf einem Angestellten, den er, oder im Falle einer Rechtsnachfolge, er und seine Rechtsvorgänger mindestens fünf Jahre beschäftigt haben, nur mit mindestens drei Monaten Frist für den Schluß eines Kalendervierteljahres kündigen. Die Kündigungsfrist erhöht sich nach einer Beschäftigungsdauer von acht Jahren auf vier Monate, nach einer Beschäftigungsdauer von zehn Jahren auf fünf Monate und nach einer Beschäftigungsdauer von zwölf Jahren auf sechs Monate. Bei der Berechnung der Beschäftigungsdauer werden Dienstjahre, die vor Vollendung des 25. Lebensjahres liegen, nicht berücksichtigt. Die nach Absatz 1 eintretende Verlängerung der Kündigungsfrist des Arbeitgebers gegenüber dem Angestellten berührt eine vertraglich bedungene Kündigungsfrist gegenüber dem Arbeitgeber nicht. Unberührt bleiben die Bestimmungen über fristlose Kündigungen."

Der dem Gewerbegericht Dresden zur Entscheidung vorliegende Fall lag folgendermaßen: Ein Pförtner der Zigarettenmaschinenfabrik Universelle war am 15. Mai zum 30. Juni gekündigt und an diesem Termin entlassen worden. Er machte nun nach Bekanntwerden des Gesetzes eine längere Kündigungsfrist geltend mit der Begründung, daß er länger als fünf Jahre in dem Betriebe beschäftigt war. Tatsächlich aber war er als Pförtner, also als Angestellter, erst seit dem 9. August 1921 beschäftigt, es fehlten also ein Monat und neun Tage zu einer fünfjährigen Tätigkeit als Angestellter. Er stand aber bereits vorher, von der Firma unbestritten, im Arbeitsverhältnis bei der Firma, so daß also eine reine Beschäftigungszeit von über fünf Jahren vorlag. Er klagte vorderhand die Weiterzahlung des Gehaltes für Monat Juli ein, weil er der Meinung war, daß es nicht auf die Art der Beschäftigung ankomme, sondern darauf, ob er bei Inkrafttreten des Gesetzes im Angestelltenverhältnis stand oder nicht.

Der Vertreter der beklagten Firma erklärte dagegen, daß nach dem Wortlaut des Gesetzes ein fünfjähriges Angestelltenverhältnis für den Anspruch der erhöhten Kündigungsfrist vorliegen muß, das jedoch bei dem Kläger nicht vorhanden war.

Das Gericht verkündete nach längerer Beratung den Spruch: Die Beklagte wird verurteilt, dem Kläger 150 Mark als Gehalt für Monat Juli zu bezahlen. In der Begründung wird gesagt: Das Gericht habe nach dem Wortlaut des Gesetzes entschieden. In § 2 heißt es, daß ein Angestellter mindestens fünf Jahre beschäftigt gewesen sein muß. Es sei aber nicht gesagt, daß er fünf Jahre als Angestellter beschäftigt gewesen sein muß; wäre dies der Wille des Gesetzgebers gewesen, so hätte es besonders zum Ausdruck kommen müssen. Da dieses nicht der Fall sei, mußte dem Kläger der Schutz des Gesetzes zugebilligt werden.

Das Urteil, gegen das es keine Berufung gibt, ist von großer Wichtigkeit für alle Arbeiter, die im Laufe der Zeit in demselben Betrieb in ein Angestelltenverhältnis übergegangen sind.

Wirtschaft.

Wertvolle Angaben über die Verschuldung der Landwirtschaft.

Welchen Wert die Reden der landwirtschaftlichen Unternehmer von der katastrophalen Verschuldung der Landwirtschaft beweisen Ausführungen, die in dem Geschäftsbericht der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein für das Rechnungsjahr 1925/26 gemacht werden. Die Ausführungen lauten wörtlich:

„Die Gesamtverschuldung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft betrug nach dem Stande vom November 1925 mindestens 165 Millionen Mark oder je Hektar 148 Mark. Es ist hierbei jedoch zu beobachten, daß diese Zahlen nur die Bankverschuldung der Landwirtschaft angeben.

Die Vorkriegsverschuldung der Landwirtschaft und dem Landschaftlichen Kreditverband gegenüber betrug demgegenüber in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft rund 173 Millionen Mark oder je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (unter Berücksichtigung der jetzigen Grenzen) ungefähr 154 Mark. Tatsächlich muß die Realverschuldung der Landwirtschaft eine erheblich größere gewesen sein, denn Landschaft und Landschaftlicher Kreditverband deckten nur einen Teil des landwirtschaftlichen Realkredites. Ein anderer Teil des Kredits ist von Sparkassen, anderen Hypothekeninstituten und vom Privatkapital beschafft worden, dessen Höhe jedoch nicht festzustellen ist. Man wird aber nicht fehlgehen, wenn man ihn der Summe der von den oben erwähnten Instituten gewährten Kredite mindestens gleichsetzt."

Danach ist die schleswig-holsteinische Landwirtschaft Ende 1925, zu einer Zeit also, in der die Situation bereits sehr prekär gewesen sein soll, mit 8 Millionen Mark weniger verschuldet gewesen als in der Zeit vor dem Kriege. Soweit ein Hektar in Frage kommt, ist eine Verminderung um 6 Mark zu verzeichnen. Bei alledem ist in Betracht zu ziehen, daß die Goldmark von heute wesentlich geringeren Wert als die von früher hat.

Pflicht aller verantwortlich eingestellten Stellen ist es, die Angaben der landwirtschaftlichen Unternehmer über den Umfang ihrer Notlage mit größter Vorsicht aufzunehmen und keine Entscheidungen zu treffen, ohne vorher eine gründliche Nachprüfung durchgeführt zu haben.

Arbeiter-Sport

Freie Kanu-Vereinigung Breslau E. V.

Am Freitag, 6. August, konnte die Fr. Kanu-Vereinigung auf ihr einjähriges Bestehen zurückblicken. Als sich die Paddelabteilung des Schwimmvereins Poseidon im vergangenen Jahre damit beschäftigte, die Freie Kanu-Vereinigung ins Leben zu rufen, zählte man 20 Mitglieder mit 9 selbstgebauten Booten. Durch große finanzielle Opfer gelang es der kleinen Gruppe, ein Bootshaus zu bauen, welches für 10 Boote Raum bot. Im darauffolgenden Winter stieg die Mitgliederzahl auf 30. Da der Kanusport im Winter nicht durchführbar ist, verwendete man die Zeit zum Selbstbau von weiteren 11 Booten. Im Laufe der Zeit kamen noch mehr Boote hinzu (zurzeit 30 Paddelboote), so daß sich sehr bald ein neues größeres Bootshaus notwendig machte. Inzwischen sind die Vorarbeiten dafür soweit gediehen, daß die Uebersiedlung in das neue Bootshaus in Neuhaus aller Voraussicht nächsten Monat stattfinden kann.

Zurzeit befinden sich 35 Erwachsene und 15 Jugendliche in der Freien Kanu-Vereinigung als Förderer des Kanusports. Möge dieser kurze Rückblick auf die Tätigkeit der Freien Kanu-Vereinigung mit dazu beitragen, diesen im Wachsen begriffenen Volkssport in den weitesten Kreisen unserer Klassengenossen populär zu machen. Durch die Erwerbung der Mitgliedschaft in der Freien Kanu-Vereinigung ist es jedem Proletarier möglich, diesen vermeintlich teuren Sport mit verhältnismäßig wenig Geld betreiben zu können.

Fußball-Nachlese vom Sonntag.

V.f.B. I — Silesia-Kickers I (Serienspiel) 7 : 0. Am Sonntag stellten sich um 5 Uhr beide Mannschaften dem Unparteiischen. Es zeigte sich zuerst eine kleine Ueberlegenheit von Silesia-Kickers. V.f.B., seiner Sache sicher, ging nach einer Viertelstunde durch den Mittelläufer durch Strafstoß in Führung. Bis zur Halbzeit konnte V.f.B. noch dreimal einsenden. Nach Halbzeit waren alle Anstrengungen von Silesia-Kickers vergeblich. Der Mittelstürmer, Halbrechts und Rechtsaußen von V.f.B. setzten die Torzahl auf 7. Alle übrigen Bälle von Silesia-Kickers meisterte der gute Torwart V.f.B.

V.f.B. I. Jugend — V.f.B. II. Jugend (Gesellschaftsspiel) 7 : 3. Das schönste Spiel des Tages lieferten sich die Jugendmannschaften. V.f.B.-Jugend, die erst aufgestellt wurde, sichert sich bei weiterem Sichverstehen einen guten Platz unter den Jugendmannschaften.

V.f.B. II — Silesia Kickers II 11 : 0.

Freie Turnerschaft Breslau, e. V. Zum Festzug treten die Abteilungen pünktlich auf ihren Stellplätzen an. Stellplätze für den Westen: Striegauer Platz, für den Osten: Webskyplatz, für den Norden: Waterlooplatz und für den Süden, einschließlich der 3. Männer-Abteilung: Gräbschener, Ecke Hochstraße. Die Abteilungen sorgen bestimmt dafür, daß jedes Mitglied im Besitz eines Programms ist. Die Kinder-Eintrittspreise werden am besten von den Abteilungen bezahlt. Abmarsch pünktlich 12¼ Uhr, damit alle Verbände bestimmt um 1 Uhr auf dem Wachtplatz sind. Hier erfolgt eine Umstellung und der Abmarsch beginnt pünktlich um 1½ Uhr. Bei Ankunft auf dem Sportplatz erst Aufstellung nehmen. Es folgt eine Ansprache. Nach Beendigung setzt sofort das Sturmlied ein. Hiermit ist das Sportfest eröffnet und die Turner, Jugend- wie Männerturner, treten sofort zu den Freiübungen an. Das Programm muß hintereinander abgewickelt werden. Pünktliches Antreten zu allen Vorführungen wird erwartet. Die Abteilungsleiter sorgen dafür, daß alles in bester Ordnung abgewickelt wird.

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 16. August.

1 Pfund Sterling	20.384	100 frz. Francs	11.38
1 Dollar	4.195	100 tschech. Kronen	12.419
100 holl. Gulden	168.34	100 Schweizer Francs	81.065
100 belg. Francs	11.27	100 Pesetas	63.97
100 norw. Kronen	91.88	100 schwed. Kronen	112.31
100 Danzig Gulden	81.47	100000 poln. Kronen	46.87
100 Lire	15.77	100 österr. Schilling	59.20
100 span. Kronen	111.46	100 Yen	46.42

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Aus Schlesien.

Eine wichtige Entscheidung des Präsidenten Calonder.

Die Frage der Minderheitsschulen in Polnisch-Oberschlesien.

Der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, hat in dem zur Beschwerde erhobenen Fall der Nichterrichtung der katholischen Minderheitsschule in Rosdzien, Kreis Kattowitz, eine Entscheidung gefällt, die grundsätzliche Bedeutung beanspruchen darf. Im Schulverbande Rosdzien waren für das Schuljahr 1922/23 für 593 Kinder Anträge auf Errichtung einer Minderheitsschule gestellt worden. Die Schule hätte ordnungsmäßig am 1. September 1923 eröffnet werden müssen. Dies trat aber zum angegebenen Zeitpunkt nicht ein und auch nicht im Schuljahre 1923/24. Nachdem im September 1924 ein neuer Versuch, die angeordnete Errichtung der Schule durchzusetzen, gescheitert war, verordnete die Wojewodschaft, daß die Anmeldungen zu dieser Minderheitsschule während der Zeit vom 16. bis 20. Februar erfolgen sollten. Auf Grund einer entsprechenden Bekanntmachung wurden 37 Kinder für die Minderheitsschule eingetragen. Am 27. März 1925 machte der Schulleiter durch Anschlag bekannt, daß der Unterricht am 1. April 1925 beginnen solle, ohne aber das betreffende Klassenzimmer anzugeben. Infolge dieser Unterlassung war am 1. April 1925 kein Kind zum Minderheitsunterricht erschienen.

Präsident Calonder stellt nun fest, daß auf Grund der Anmeldungen für die Minderheitsschule die Schulbehörden verpflichtet waren, die Schule ohne weitere Formalitäten in Betrieb zu setzen, das heißt die 37 angemeldeten Kinder an einem der Eintragung folgenden Tage zu veranlassen, sich in das für den Minderheitsunterricht bestimmte Klassenzimmer zu begeben. Der Schulleiter von Rosdzien hätte dies verabsäumt. Da er ferner die angemeldeten Kinder am 1. April nicht aufforderte, in die deutsche Minderheitsschule überzutreten, blieben sie nach wie vor in der polnischen Mehrheitsschule. Dieser Standpunkt ist unhaltbar. Präsident Calonder kommt zu der Entscheidung, daß der Unterricht in der katholischen Minderheitsschule in Rosdzien am 1. September 1926 aufzunehmen ist, und daß die angemeldeten Kinder von Amts wegen in diese Schule überzuführen sind.

Studienreisen nach Oberschlesien.

Im Monat September finden zum Zwecke der Aufklärung über die wirtschaftlichen und kommunalen Verhältnisse in Oberschlesien eine Reihe von Studienfahrten durch diesen Provinzteil statt. Von der Vereinigung für Kommunalwirtschaft propagiert, werden vom 8. bis 10. September Kommunalpolitiker aus den nordischen Staaten Oberschlesien bereisen. Die oberschlesischen Städte Oppeln, Beuthen, Hindenburg, Gleiwitz und Ratibor werden von den Reiseteilnehmern besucht werden.

Der Preußische Landkreistag, der seine Tagungen in Breslau zu dieser Zeit abhält, veranstaltet am 9. September eine Rundfahrt durch den Industriebezirk, an welcher sich zirka 350 Personen beteiligen dürften. Ferner sollen im Laufe des Monats September noch Mitglieder der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung Oberschlesien besuchen.

Defraudant Pechmann in Haynau festgenommen.

Am späten Nachmittag des Sonnabend bemerkten Straßenpassanten einen Fremden, auf den das Signalement des wegen Unterschlagung von 6000 Mark gesuchten Boten der Liegnitzer Gemüse-Verwertungsgesellschaft Pechmann genau paßte. Der Mann wurde verfolgt, die Polizei verständigt und es stellte sich bald heraus, daß es der Gesuchte war. Er gestand auch sofort und hatte noch 1031 Mark bei sich. Ueber 1000 Mark sollen ihm mit der Aktentasche in Goldberg gestohlen worden sein. Zuletzt will er sich in Görlitz aufgehalten haben. Der Verhaftete wurde später von der Liegnitzer Kriminalpolizei abgeholt. Er ist verheiratet und Vater zweier Kinder.

Reichenbach. Reichsbannerfest. Der 15. August 1926 wird einen Markstein in der Geschichte der Stadt Reichenbach bilden. Eine unübersehbare Menschenmenge hatte sich um 2 Uhr nachmittags auf dem Ring eingefunden, um an der Weihe der Banner der Ortsgruppen Reichenbach, Langenbielau und Peterswaldau im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold teilzunehmen. Auch aus den Ortschaften des Kreises und denen der umliegenen Kreise Schweidnitz, Frankenstein, Nimptsch, Neurode und Striegau waren Reichsbannerkameraden herbeigeeilt, so daß fast 2000 Kameraden vor der Rednertribüne aufmarschieren konnten, die vor dem Rathaus errichtet war. Der Landrat, der nach der Ermordung Rathenaus es für seine Pflicht gehalten hatte, auf dem Ring für die Republik zu demonstrieren, hielt es diesmal für seine Pflicht, nicht zu erscheinen und sogar nicht einmal einen Vertreter zu entsenden. In wohltuendem Gegensatze hierzu ist der einstimmige Beschluß des Magistrats zu erwähnen, daß das Rathaus zu Ehren des Tages in den Reichs- und Landesfarben beflaggt werden sollte. Nachdem sich die mehr als 30 Fahnen um das Rednerpodium gesammelt hatten, eröffnete Kamerad Vogt aus Langenbielau die Feier. Sodann ergriff Kamerad Mache-Breslau das Wort zu seiner eindrucksvollen Festrede. Nach näherer Darlegung der Entstehungsgeschichte und der Ziele des Reichsbanners wurde die Bannerweihe vorgenommen. Kamerad Mache rief die Ortsgruppen auf, in Treue für die deutsche Republik einzustehen. Brausender Beifall dankte ihm für seine begeisternden Worte. Zahlreiche Verbände brachten dann den drei Ortsgruppen unter Ueberreichung von Fahnenbändern oder -nägeln ihre Glückwünsche dar. Kamerad Vogt brachte zum Schluß ein dreifaches „Frei Heil!" auf die deutsche Republik aus, dem der gemeinsame Gesang der dritten Strophe des Deutschlandliedes folgte. Noch einmal zog der ganze Zug durch die Straßen der Stadt, um sich dann aufzulösen.

Mittelpeterswaldau. Drei Personen vom Zuge getötet. Der von Mittelpeterswaldau abgehende Personenzug stieß auf einer Straßenkreuzung mit einem doppelsitzigen Motorrad zusammen. Dabei wurden drei Personen, die auf dem Motorrade saßen, getötet.

Freiburg. Die Verfassungsfeier des Reichsbanners gestaltete sich in Freiburg zu einer machtvollen Demonstration für die in der Weimarer Verfassung verankerten Rechte des deutschen Volkes. Trotz der herbstlichen Regenwitterung war die Beteiligung der Bevölkerung eine große. Die Freiburger Stadtverwaltung hatte es übrigens im Gegensatz zu fast allen anderen Städten Schlesiens nicht für notwendig gefunden, eine behördliche Verfassungsfeier zu veranstalten.

Waldenburg. 500 Jahre Stadtgemeinde. Die Stadt Waldenburg begeht in diesen Tagen das Fest des 500jährigen Bestehens. Von einem großen Jubelfeste ist aber im Hinblick auf die Schwere der Zeit Abstand genommen worden.

Liegnitz. Eine Protestentschließung des Stadtparlaments. Das Stadtparlament Liegnitz hat in seiner letzten Sitzung eine Entschließung gefaßt, welche besagt, daß die Stadtverordneten-Versammlung zu Liegnitz gegenüber der Reichs- wie auch der preußischen Staatsregierung die dringende Erwartung ausspricht, daß die vom Magistrat den Berliner Zentralstellen bereits wiederholt unterbreiteten Notstände der Stadt Liegnitz in dem neuen Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung aufgenommen und unbedingt beseitigt werden. Gegen jede Vernachlässigung der Wünsche der Provinz Niederschlesien wie auch gegen jede Nichtberücksichtigung der von der Stadtgemeinde Liegnitz ausgesprochenen dringenden Wünsche wird einmütig schärfster Protest erhoben. In der Entschließung heißt es dann weiter: Seit Jahren kämpft die Stadt um die Fertigstellung ihres Bahnhofes, dessen Bau seit vielen Jahren unterbrochen ist. Seit dieser Zeit muß sich die Stadt Liegnitz mit ganz ungenügenden Verkehrsverhältnissen auf dem Bahnhof zufrieden geben, während die Bahnhofsanlagen in anderen Städten in den letzten Jahren wesentlich gefördert worden sind. Wir ersuchen daher dringend, bei der Vergebung der von dem Reichsarbeitsminister zur Verfügung gestellten Mittel dafür Sorge zu tragen, daß noch in diesem Jahre der Weiterbau des Liegnitzer Bahnhofes vor sich gehen kann. Des weiteren ist die Durchführung der zur Verhütung der Hochwasserschäden erforderlichen Maßnahmen in Liegnitz nicht mehr aufschiebbar. Als solche Maßnahmen kommen in Frage:

a) der Ausbau des Unterlaufes der Katzbach bis zur Oder,
b) der Bau von Stauweihern bei Bremberg (Wütende Neiße) und bei Pilgramsdorf (Schnelle Deichsa),
c) die Regulierung des Schwarzwassers und des Bruches.

Die Bekämpfung der Hochwassergefahr und der durch das Hochwasser entstandenen geradezu unerträglichen hygienischen Mißstände in Liegnitz sind eine Lebensfrage der Stadt. Die Stadtverordneten-Versammlung erblickt in dem Verhalten der Preußischen Staatsregierung eine Gefährdung der Lebensinteressen der Stadt, der dadurch jede weitere Entwicklung unterbunden wird. Im übrigen rechtfertigt die ungeheure Zahl der Erwerbslosen in Liegnitz das Ersuchen der Stadtverordneten-Versammlung, mit allen nur möglichen Mitteln auf die schleunigste Schaffung größerer Notstandsarbeiten zu dringen. Die Stadtverordneten-Versammlung fordert sowohl von der Reichs- sowie von der Staatsregierung, daß gerade mit Rücksicht auf diese Notlage der Stadt alle diese Arbeiten in beschleunigter Weise zur Durchführung gelangen. In das gleiche Gebiet entfällt auch die baldige Herstellung des am hiesigen Orte projektierten Telegraphenzeugamtes, für das die Mittel bereits seit längerer Zeit bewilligt sind.

Bunzlau. Selbstmordversuch eines Rentners. Der etwa 66 Jahre alte Rentner B. warf sich am Donnerstag vormittag vor einen Güterzug, um seinem Leben ein Ende zu machen. Er büßte aber nur eine Hand ein, die ihm abgefahren wurde. Die Ursache zu dem Selbstmordversuch scheint wieder in den wirtschaftlichen Notverhältnissen zu liegen.

Sprottau. Die schwarz-weiß-roten Kreistagsvertreter protestieren. Die Frage der Besetzung des Landratsamtes im Kreise Sprottau wurde durch die Regierung kürzlich gelöst. Da der neue Landrat von Sprottau aber ein Sozialdemokrat ist, haben die reaktionären Vertreter des Kreistages einen gehörnischten Protest gegen den neuen Landrat losgelassen. Sie wollen an Stelle des Sozialdemokraten „natürlich" einen echt deutschnationalen Landrat haben, der die „vaterländischen Belange" des Kreises würdig zu vertreten versteht. Und zwar meinen sie in dem Assessor von Niebelschütz den richtigen Mann gefunden zu haben. Ob ihnen der Protest viel nützen wird, bleibt abzuwarten.

Neisse. Vom Zuge überfahren. Am 14. August, gegen 8,40 Uhr vormittags, wurde 100 Meter von dem Ueberweg bei Posten 192 zwischen Friedenthal und Giesmannsdorf-Writz beim unbefugten Ueberschreiten des Bahnkörpers die Ehefrau des Stellenbesitzers Wegner aus Writz von dem beschleunigten Personenzug Nr. 632 überfahren und sofort getötet.

Kosel. Der Wunderdoktor. Daß die Dummen nie alle werden, beweisen die guten Geschäfte, die bis vor kurzem ein Mann in Klein-Nimsdorf bei Cosel gemacht hat, der sich als Dr. Hammer aus Köln am Rhein ausgab, und Männern und Frauen gegen gute Bezahlung wunderwirkende Arzneien verabfolgte. Der Landjäger nahm den Wunderarzt nun fest, und es wurde festgestellt, daß der vermeintliche Dr. Hammer der Arbeiter Josef Weiter aus Ostrosnitz, Kreis Cosel, ist.

Ratibor. Sämtliche Finger einer Hand abgesägt wurden einem in der Möbeltischlerei Hawl beschäftigten Mädchen aus Wellendorf. Das Mädchen geriet mit der Hand in eine Kreissäge.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Deutsch-Lissa. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Mittwoch, den 18. August, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung bei Neupert. Wegen der wichtigen Tagesordnung haben sämtliche Zug- und Gruppenführer, sowie deren Stellvertreter und Spielleute zu erscheinen. Pünktliches Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.

Wilxen. Die Generalversammlung vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsverein Wilxen, findet Freitag, den 20. August, abends 8 Uhr, in Wilxen bei Bleisch statt. Es ist dringende Pflicht eines jeden Kameraden, zu erscheinen.

Neumarkt. S. P. D. Da in letzter Zeit geringer Besuch der Versammlungen zu verzeichnen war, hatte der Vorstand zu der am Sonnabend stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung schriftliche Einladungen ergehen lassen und der Erfolg war äußerst befriedigend. Die Abrechnung vom zweiten Vierteljahr 1926 erstattete der Schriftführer und wurde ihm für seine gewissenhafte Mühewaltung Entlastung erteilt. — Ueber Verfassungstag und Arbeiterschaft machte der Vorsitzende kurze Ausführungen, sprach anschließend über die allgemeine politische Lage und forderte die Erschienenen auf, mehr denn je für Ausbauung der örtlichen Parteiorganisation Sorge zu tragen. Die Wahl des ersten Schriftführers fiel, da mehrere in Vorschlag gebrachte Genossinnen und Genossen ablehnten, auf Genossen Neugebauer. In der Sportplatzangelegenheit gelangte folgender Antrag durch Zettelabstimmung zur Annahme: „Die am 14. August 1926 tagende Mitgliederversammlung der SPD. erklärt sich mit den Bedenken des Ortsausschusses betr. Sportplatzes einverstanden und beauftragt die Vertreter der Arbeiterschaft im Stadtparlament, für Belassung des alten Platzes einzutreten und den in der Siedlung in Frage kommenden neuen Sportplatz abzulehnen." Ueber die gegen Genossen unberechtigt erhobenen Vorwürfe, daß sie bei der Kleinbahn-Einweihung am Essen teilgenommen hätten, erfolgte lebhafte Aussprache. Unter Verschiedenem fanden kommunale und soziale Tagesfragen Behandlung, worauf der Vorsitzende nochmals über den zahlreichen Besuch seiner Freude Ausdruck gab und aufforderte, auch fernerhin größtmöglichstes Interesse der Partei entgegenzubringen und rührig mitzuarbeiten. Ein Kampflied schloß die anregend verlaufene Versammlung.

Aus dem Kreise Nimptsch.

Bürgerversammlung.

Am Freitag, den 13. d. Mts., fand in der „Krone" eine Bürgerversammlung statt. Die Teilnahme war mäßig, jedoch waren wohl alle Bevölkerungsschichten, am stärksten die Gewerbetreibenden, vertreten. Kaufmann John eröffnete im Auftrage des Fünfzehnerausschusses der Interessengemeinschaft Nimptscher Bürger die Sitzung und begrüßte besonders den Vertreter des Kreises, Landrat Seibold, den Vertreter der Stadt, Bürgermeister Kühn, sowie die anwesenden Kreisausschuß-, Magistrats- und Stadtparlamentsmitglieder. Der Zweck des neugegründeten Ausschusses sei, Kritik und Mitarbeit am öffentlichen Leben unserer Stadt zu leisten. Betreffend der Frage der Auflösung des Kreises bat Herr John Herrn Landrat Seibold um Aufklärung über dieses Gerücht. Landrat Seibold bedauerte außerordentlich, daß der neugegründete Ausschuß erst bei seiner dritten Versammlung den üblichen Weg gefunden habe und sich seine Informationen in dieser Angelegenheit bei den zuständigen Stellen hole und diese erst jetzt zu einer Teilnahme an einer solchen Sitzung einlade. Schärfsten Protest müsse er jedoch dagegen erheben, daß laut Pressebericht in den letzten Versammlungen Aeußerungen gefallen sind, in denen zum Ausdruck kam, die Kreis- und Stadtverwaltungen stehen diesem Gerücht der Auflösung teilnahmslos gegenüber. Die Frage der Kreisaufteilungen, fuhr Referent fort, sei nicht so neu, wie von der Mehrzahl der Anwesenden vielleicht angenommen werde. Bereits 1919 sei ein Kommissar zur Sammlung von Material zur Vereinfachung der Verwaltung in Tätigkeit gewesen. Jetzt seien die seiner Zeit eingeschlafenen Arbeiten im Ministerium, ausgehend von den Verwaltungsreformplänen des Innenministers, wieder aufgenommen worden. Statistisches Material sei dazu natürlich in ganz Preußen gesammelt worden. In dieser Hinsicht betrachtete der Landrat Seibold die von dem Bürgerausschuß unternommenen Schritte als vollkommen nutzlos, da diese auf die Prüfung des Materials im Ministerium keinerlei Einfluß haben. Eine eigentliche Arbeit könne erst dann in Form von Eingaben beginnen, wenn eine Gesetzesvorlage vorliege, in der die Aufteilung des Kreises Nimptsch vorgesehen sei. Den Vorwurf könne er jedoch dem Ausschuß nicht ersparen, daß er durch seine übereilte und aufgeregte Bearbeitung dieses Falles in seinen Sitzungen und in der Presse die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit, besonders die der Nachbarkreise, stark erregt habe. Im übrigen stehe jedoch fest, daß der Kreis auf Grund seiner Steuerkraft, Bodenklasse, sowie im Straßenbau durchaus leistungsfähig sei. Bei Gründung des Wohlfahrtsamtes habe Kreistagsmitglied Trippner ausdrücklich betont, daß auch hiermit ein neuer Beweis der Leistungsfähigkeit des Kreises gegeben sei. Bürgermeister Kühn unterstrich die Ausführungen des Landrats noch. Daraufhin entwickelte sich eine lange Diskussion über die Notwenigkeit des Bestehens der Organisation, umsomehr, als Versammlungsleiter John durch einige Aeußerungen die Magistratsmitglieder und die Stadtverordneten zu heftigem Widerspruch reizte. Ueberhaupt war die Art und Weise der Behandlung der zur Erörterung stehenden Gedanken durch Herrn John so, daß sich selbst der zur Objektivität verpflichtete Berichterstatter eines Kopfschüttelns nicht erwehren konnte. Die Versammlung schloß gegen 11 Uhr.

Gibt es noch Gerechtigkeit?

Der Gutsstellmacher Paul Gruner war vertraglich als solcher auf dem Dominium Nieder-Dirsdorf, Kreis Nimptsch, Besitzerin Gräfin von Pfeil, angestellt. Am 1. Januar dieses Jahres wechselte die Gutsverwaltung und neue Sitten zogen mit dem neuen Inspektor, Herrn Wirrba, ein. Gruner mußte aus diesem Grunde seine Stellmacherwerkstatt schließen. Damit er aber nicht arbeitslos werden sollte beschäftigte man ihn als Lohngärtner weiter. Dieser Arbeit kam Gruner nach, jedoch zeigte sich am Lohntage, daß er seinen vertraglich festgesetzten Lohn als Gutshandwerker nicht mehr erhielt, worauf er das Dienstverhältnis löste. Es wurde nunmehr Klage auf Räumung der Werkwohnung erhoben mit der Begründung, Gruner habe unberechtigterweise die Arbeit niedergelegt. Da Gruner Mitglied des Deutschen Landarbeiterverbandes ist, wurde er durch den Kreisleiter Fuhrig vertreten. Fuhrig machte dem Gericht klar, daß Gruner ein Recht zur Lösung des Dienstverhältnisses gehabt habe, da er vertraglich nicht als Lohngärtner, sondern als Gutshandwerker mit den Bezügen eines Gutshandwerkers angestellt war. Da dieser Vertrag am 1. Oktober 1925 nicht gekündigt worden ist, konnte er nach dem 1. Januar nicht einfach durch den Inspektor gebrochen werden. Der dem Gericht vorgelegte Vertrag bestätigte dies. Wirrba versuchte nun zu drehen: „Ja, der Mann hat doch gestohlen, der muß mir die Wohnung räumen", waren seine letzten Rettungsversuche. Da diese Behauptung den Tatsachen widersprach, wurde ein Vergleich geschlossen, wonach sich Gruner verpflichtete, die Wohnung zu räumen, sobald ihm eine angemessene Ersatzwohnung zur Verfügung gestellt wird.

Nach dem Mieterschutzgesetz hat die Zuweisung einer angemessenen Ersatzwohnung von Amts wegen zu erfolgen, und es kann, so lange eine Zuweisung nicht erfolgt ist, eine Räumung nicht vorgenommen werden. Am 31. Juli, morgens 8 Uhr, (Gr. war in Reichenbach auf Erntearbeit) überreichte der Inspektor der Frau Gr. eine Karte, wonach sie um ½9 Uhr aus der Wohnung gesetzt werde. Noch rechtzeitig konnte der Kreisleiter Fuhrig an Ort und Stelle eintreffen, um mit der Ortspolizei und dem Gerichtsvollzieher zu verhandeln. Der stellvertretende Amtsvorsteher Nuß glaubte nicht verpflichtet zu sein, eine angemessene Ersatzwohnung zuzuweisen. Er sagte: Der Mann arbeitet nicht mehr im Betriebe und hat kein Recht, in einer so guten Wohnung zu sitzen, der soll froh sein, daß er überhaupt noch eine Notwohnung bekommt. Alle Proteste blieben erfolglos. Gruner wurde aus seiner Wohnung herausgesetzt. Die angemessene Ersatzwohnung besteht aus Stube und Küche mit verfaultem Fußboden und zusammengebrochenem Ofen. Notdürftig ist die Stube etwas mit Kalk bespritzt worden, die Küche spottet jeder Beschreibung. Dem vorhergehenden Inhaber der Wohnung sind die Möbel verfault.

Was nützt nun eine richterliche Entscheidung, wonach die Zwangsvollstreckung von der Sicherung einer angemessenen Ersatzwohnung abhängig gemacht wird, wenn diese Entscheidung weder für den stellvertretenden Amtsvorsteher noch für den Gerichtsvollzieher maßgebend ist. Vielleicht ist der Herr stellvertretende Amtsvorsteher so liebenswürdig und gibt uns einmal Auskunft, ob er denn überhaupt in seiner Eigenschaft als Beamter eingegriffen hat.

Aehnlich wie vorstehend liegt der Fall des Kollegen Wasner in Karschau bei dem Gutsbesitzer Philipp. Auch in diesem Falle erging ein Urteil auf Räumung der Wohnung unter der Bedingung, daß eine angemessene Ersatzwohnung zur Verfügung gestellt wird. Der Assistent, höchstens 25 Jahre alt, bot dem fast 50 Jahre alten, auf dem Gute zum Krüppel gewordenen Wasner Prügel an. Am 12. Juli sollte Wasner aus der Wohnung herausgesetzt werden. Diesmal aber glückte das nicht. Wasner hatte rechtzeitig dem Kreisleiter Fuhrig Mitteilung gemacht. Bemerkenswert hierbei ist, daß es der Gerichtsvollzieher nicht für notwendig gefunden hatte, dem Prozeßvertreter das vollstreckbare Urteil zuzustellen. Gegen diese Art Vorgehen erhob der Kreisleiter Fuhrig Beschwerde bei dem Amtsgericht. Ohne vorhergehende mündliche Verhandlung wurde folgender Beschluß verkündet:

Beschluß.

2 C 170/26.

In der Prozeßsache des Gutsbesitzers Philipp in Karschau, Kreis Nimptsch,

gegen den Arbeiter Paul Wasner in Karschau, Kreis Nimptsch,

werden auf die Erinnerung des Schuldners die Zwangsvollstreckungsmaßregeln des Gerichtsvollziehers Vielau auf Räumung der Wohnung aufgehoben, da nach Lage der Akten ein vollstreckbarer Schuldtitel nicht erteilt ist, mithin die Vollstreckung des Urteils zurzeit unzulässig ist.

Nimptsch, den 11. August 1926.

Das Amtsgericht.
gez. Gierich.

(Stempel)

Aus Vorstehendem ersehen die Landarbeiter, wie notwendig es ist, sich dem Deutschen Landarbeiter-Verband anzuschließen. Ohne Erbarmen wäre auch Wasner, genau so wie Gruner, aus seiner Wohnung herausgesetzt worden. Durch das Eingreifen des Deutschen Landarbeiter-Verbandes jedoch wurde dem Vorgehen des Gutsbesitzers Philipp ein Riegel vorgeschoben. Auf der einen Seite hat Philipp eine Anzahl Wohnungen leer stehen, darunter auch solche, aus denen er den Fußboden herausgerissen hat, um sie der Beschlagnahme zu entziehen, andererseits sollen Landarbeiter zwangsweise aus der Wohnung entfernt werden.

Es gibt nur eins, Landarbeiter, was euch schützt, das ist der Zusammenschluß im Deutschen Landarbeiterverband! F. L.